

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Heteronome und autonome Moral.

Dr. W.

Die christlichen Gewerkschaften stellen sich in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen auf den Boden der christlichen Grundsätze. Hier kommen die Prinzipien des christlichen Sittengesetzes in Betracht, denn die sind es, die das Handeln normieren; die Glaubenslehren scheiden aus, weshalb auch die verschiedenen Konfessionen in interkonfessionellen Gewerkschaften sich zusammenschließen. Das Unterscheidende liegt fast ausschließlich auf dem Glaubensgebiete, während bei den Konfessionen ein gemeinsames praktisches Vorgehen auf der Basis des christlichen Sittengesetzes sehr wohl möglich ist.

Während man nun in früherer Zeit auf gegnerischer Seite sich auf Angriffe gegen den Glauben beschränkte und das christliche Sittengesetz gelten ließ oder gar ausdrücklich anerkannte, richtet man in neuerer Zeit auch Angriffe gegen die christliche Moral. Man wendet sich nicht so sehr gegen die einzelnen Bestimmungen, deren Erhabenheit man nicht bestreiten kann, sondern sucht die christliche Moral in ihrer Gesamtheit zu verkleinern und herabzusetzen. Da sind es vornehmlich zwei Behauptungen, man kann sagen Phrasen, mit denen man oft aufwartet: Erstens, die christliche Moral ist jenseitig und trägt dem Diesseits nicht genügend Rechnung, daher ist sie praktisch unbrauchbar. Zweitens, die christliche Moral ist heteronom und deshalb des freien Menschen unwürdig, denn ihm geziemt eine autonome Moral.

Wir wollen den zweiten Einwurf etwas näher ins Auge fassen; er ist wohl der schwierigere, ist auch so recht modern. Wer als Mitglied einer christlichen Gewerkschaft im Leben und damit auch im Kampfe steht, muß sich mit diesem Einwurfe vertraut machen und wissen, was darauf zu antworten ist. Zunächst sollen die beiden Begriffe, die hier die Hauptrolle spielen, näher erklärt werden.

Die Ausdrücke heteronom und autonom stammen aus dem Griechischen und bedeuten etwa fremdgefährlich und eigengesetzlich. Eine heteronome Moral ist somit ein Sittengesetz, das ein anderer mit auflegt, eine autonome Moral ein solches, das ich mir selbst auflege. Die christliche Moral, so sagen die Gegner nun, ist heteronom; sie besteht aus Forderungen, die von einer äußeren Autorität kommen, die dem Menschen an sich fremd sind, denen er im Gehorsam folgt. Eine solche Moral geht nicht aus dem Innern hervor, sie begründet darum auch keine wahre innerliche Sittlichkeit, sondern bloß eine äußerliche Gesetzmäßigkeit. Sie veredelt den Menschen nicht, sie ist seiner unwürdig. Darum, so sagen sie, verwerfen wir diese christliche Moral. Wir suchen das Sittengesetz im Menschen selbst, nicht in äußeren Geboten. Der Mensch muß sich selbst Gesetz sein, zwar nicht nach Willkür, sondern indem er den sittlichen Forderungen folgt, die allgemein in der Menschennatur begründet sind. Das ist die autonome Moral, und sie allein macht wahrhaft sittlich, denn da handelt der Mensch nicht etwa aus Furcht vor Strafe oder aus Begierde nach Lohn, sondern bloß des Guten wegen.

So lauten ungefähr die beliebtesten Redensarten, und sie können auf den ersten Augenblick verblüffend machen, obwohl sie im Grunde schief sind, allerlei miteinander vermischen und verquicken, was man klar auseinander halten muß. Wir wollen nun in Kürze diesen Gedankenknäuel zu entwirren suchen.

Wir müssen zunächst auseinanderhalten die Begründung des Sittengesetzes überhaupt, was man

auch als das sittliche Prinzip bezeichnet, und weiterhin die Motive, die uns etwa bewegen, dem Sittengesetz zu folgen. Das ist zweierlei. Das Sittengesetz hat eine doppelte Voraussetzung: die Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen, denn ohne dies fehlt jede Fähigkeit zum sittlichen Handeln, und weiterhin das Vorhandensein einer Norm, nach welcher das freie Handeln sich richten muß — mit andern Worten ein Sollen und ein Sol-len. Von der Freiheit wollen wir weiter nicht sprechen an dieser Stelle; wer sie leugnet, der schweigt von Moral und Sittlichkeit. Was nun die Norm oder das Gesetz betrifft, so fragt es sich: woher hat es seine verpflichtende Kraft, die zum Begriffe des Gesetzes notwendig gehört? Die Antwort: wir finden das Sittengesetz in unserer Natur vor, die Menschennatur ist von Haus aus moralisch veranlagt, dies: Antwort ist an sich richtig, löst aber die Frage nicht. Es erhebt sich sofort die weitere Frage: wer hat das Sittengesetz in uns hineingelegt, woher hat unsere Natur die moralische Anlage? Ohne einen Gesetzgeber kann man kein Gesetz erklären. Der Mensch kann sich selbst nicht verpflichten, in eigentlichen Sinne, das heißt, er kann wohl eine Verpflichtung, die er von selbst nicht hat, auf sich nehmen, z. B. durch ein Versprechen, aber er kann nicht die Verpflichtung schaffen.

Man hat schon in alter heidnischer Zeit einen Ausweg gesucht und gesagt: der Mensch muß nach dem Sittengesetz leben, weil er sonst nicht wahrhaft glücklich sein kann. Man nennt das den Hedonismus, das heißt die Glückseligkeitslehre; er basiert die Sittlichkeit auf den Trieb nach Glückseligkeit. Es ist freilich wahr, daß das wahre Glück mit der Sittlichkeit verknüpft ist, und diese Einsicht kann wohl ein Motiv sein, das uns bewegt, nach dem Sittengesetz zu leben. Aber es begründet keine sittliche Verpflichtung. Der Mensch kann ja auf sein Glück verzichten; das wäre töricht, aber weiter nichts. Nach dieser Auffassung wäre die Sittlichkeit bloß Lebensweisheit, Einsicht und Klugheit, von einer verpflichtenden Kraft, von einem Gesetze könnte keine Rede sein.

Somit ist eine autonome Moral, ein Sittengesetz, das die Menschheit sich selbst gibt, oder das sie in sich vorfindet, ohne daß eine Autorität dahinter steht, unbegründet in bezug auf die verpflichtende Kraft. Der Ausdruck „autonom“ in seiner eigentlichen Bedeutung ist ein Widerspruch in sich selbst. Man bedarf einer Autorität für das Sittengesetz, und das kann nur eine sein: die Autorität des Schöpfers, der die Menschennatur so geschaffen hat.

Aber ist denn nun das Sittengesetz nach dieser christlichen Auffassung heteronom, das heißt ein uns fremdes, von außen herantretendes Gesetz? Keineswegs! Gott hat die Menschennatur nach seinem Ebenbilde erschaffen und die sittliche Anlage in sie hineingelegt; das Naturgesetz, das man durch die Vernunft allein erkennen kann, und das Gewissen, das uns bindet und verantwortlich macht, ist nicht etwas unserer Natur Fremdes und Neues, sondern mit unserer Natur verbunden und verknüpft. So hat Gott uns das natürliche Sittengesetz gegeben, nicht indem er es äußerlich auflegte, sondern innerlich in uns hineinlegte, und so ist die Sittlichkeit nach christlicher Auffassung nicht ein bloß äußerlicher Gehorsam, sondern eine innere Hingabe. Die Ausdrücke heteronom und autonom sind in ihrer Anschaulichkeit beide nicht zutreffend, man muß von einer theonomie Moral sprechen, das heißt von einem gottgegebenen Sittengesetz. Diese theonomie Moral ist nicht autonom,

denn Gott hat sie gegeben, nicht wir; sie ist auch nicht heteronom, denn Gott hat sie nicht als ein uns Fremdes gegeben, sondern als das höchste sittliche Ideal, nach dem unsere Seele gebildet, mit dem sie innerlich verwandt ist. Das Sittengesetz ist nicht ein äußeres Joch, sondern ein inneres Band, das uns mit Gott verknüpft. In dieser Anschauung ist nichts, was des Menschen unwürdig wäre; im Gegenteil eine höhere Auffassung kann niemand von der Moral haben, als derjenige, der sie aus dem höchsten Ideal herleitet und auf das höchste Ideal als Ziel bezieht.

Bei allen diesen Ausführungen haben wir bloß das natürliche Sittengesetz im Auge gehabt, jenes, das mit der Menschennatur gegeben und selbst nur natürlicher Art ist. Der Christ glaubt aber an eine übernatürliche Bestimmung; nicht hier auf Erden hat er sein letztes Ziel, sondern in der Ewigkeit bei Gott. Dann muß auch sein sittliches Streben auf dies übernatürliche Ziel hingebordnet sein. Dann genügt die natürliche Ethik nicht, sondern es ist eine übernatürliche Sittlichkeit erforderlich, das heißt eine Sittlichkeit, deren Norm zwar nicht gegen unsere Natur ist, aber über unsere Natur liegt, und deren Erfüllung himmlische Hilfskräfte, göttliche Gnaden, notwendig macht. Ein Ungläubiger, insbesondere ein Materialist, mag das für Phantasterei halten, von seinem traurigen Standpunkte aus. Aber das wird ihm einleuchten, daß man bei dieser christlichen Anschauung erst recht mit autonomer Moral nicht auskommen kann; die sittlichen Bestimmungen für ein übernatürliches Leben und Streben müssen uns von Gott durch Offenbarung gegeben werden. Auch das wird ein Materialist zugeben müssen, daß eine solche christliche Moral jeder natürlichen an Erhabenheit weit überlegen ist; sie will ja den Menschen über die Schranken der Natur hinausheben in seinem sittlichen Streben und ihn mit dem Strahle des Überirdischen verklären. Man brüste sich daher nicht mit der autonomen Moral, diesem Menschenwerk ohne wahrinnere Kraft.

Was aber die Redensart von bloßer Gesetzmäßigkeit angeht, die auf Furcht vor Strafe oder auf Begierde nach Lohn beruhe, so handelt es sich da um einen andern Punkt, um die Motive. Die Motive, die den Einzelnen zum sittlichen Handeln bewegen, können verschieden sein, vollkommen und unvollkommen, und zwar sowohl bei dem Natur-Ethiker als auch bei dem christlichen Moralisten. Hier handelt es sich nicht um das Sittengesetz, seine Begründung und seine Erhabenheit, sondern um den Menschen, der dem Sittengesetz gegenüber steht. Wenn der Natur-Ethiker die Unsittheit meidet aus Furcht vor den schmerzlichen Folgen, so ist sein Motiv nicht edler als die Furcht vor den ewigen Strafen, die den Christen von der Sünde abhält. Wenn aber der Christ von einer Liebe zum Guten, insbesondere zu Gott, dem höchsten Ideale der Vollkommenheit, sich leiten läßt, kann dann der Natur-Ethiker ein gleich hohes Motiv dem gegenüber stellen? Die selbstlose Hingabe an das Höchste ist nur bei christlicher Glaubensüberzeugung möglich und so steht die christliche Moral auch in den Motiven, die sie bietet, höher als die bloß natürliche Ethik.

Nach auf einen Punkt müssen wir die Gegener der christlichen Moral hinweisen. Dem Geringeren als der berühmte Philosoph Kant, der die Unterscheidung zwischen autonomer und heteronomer Moral erst aufgebracht hat, macht darauf aufmerksam, daß das natürliche Sittengesetz zwar an sich durch die Vernunft erkannt werden könne, tatsächlich aber in seiner Vollständigkeit und Reinheit nie erkannt worden wäre ohne die Hilfe

Die Offenbarung: manche Grundsätze der natürlichen Ethik, die jetzt allgemein anerkannt werden, haben die Menschen unmittelbar durch das Wort Gottes empfangen. So hätte man ohne die Hilfe, ohne die Fingerzeige und Aussprüche des Christentums nicht einmal ein volles und richtiges System der natürlichen Ethik aufstellen können. Tatsachen zeigen es. Ein so edler Mann wie der griechische Philosoph Platon ist doch nicht zu der Einsicht gekommen, daß die Sklaverei menschenunwürdig und eine Verhöhnung gegen das natürliche Sittengesetz sei. So genügen auch die Gegner des Christentums von dessen Früchten, und wenn man die Steine genau untersuchen wollte, mit denen die Sozialdemokratie den kühnen Bau ihres Weltgebäudes aufrichtet, so würde man finden, daß manche und zwar die besten auf dem Grunde des Christentums gewachsen sind. Sollte die Sozialdemokratie alle fremden Fiebern hergeben, mit denen sie sich schmückt, so würde das eine Mausestall bedeuten, die unheilbar wäre.

„Aussperrung und Selbstüberschätzung.“

Unter dieser Spitzmarke läßt das Organ des freien (soziald.) Metallarbeiterverbandes einen längeren Artikel vom Stapel, welcher sich gegen den Berliner Radikalismus richtet und die Haltung der „freien“ Verbandsleitung in der Aussperrung der Elektrizitätsarbeiter rechtfertigen soll.

Wir haben schon verschiedentlich auf die Reaktion hingewiesen, welche die Kämpfe im letzten Jahre bei der Zentralleitung des freien Metallarbeiterverbandes hervorgerufen. Besonders waren es die Ausperrungen in Berlin, welche den Führern die Erkenntnis beibrachte, daß die jetzige Methode nicht weiter gehen könnte, und suchte seine Mitglieder zur Mäßigkeit, d. h. zur Vernunft zu bringen.

Wer die Geister, die sie gerufen, wurden sie nicht los. Das heißt, die radikale Erziehung, die Unerschrockenheit des Machtworts, womit besonders die agitatorisch tätigen Beamten die Massen aufstacheln, mußte den Radikalismus erzeugen, indem sie jetzt gegen ihre eigenen Führer Front machen. In Berlin hatten wiederholt heftige Zusammenstöße zwischen den Mitgliedern und der Führerschaft stattgefunden. Selbst der Vorsitzende des freien Verbandes, Schlichte aus Stuttgart, konnte die Geister nicht beruhigen.

Der Artikel enthält recht interessante Einzelheiten, wo besonders die Gegensätze zwischen Berlin und Stuttgart scharf zum Austrag kommen.

Trotz allem prinzipiellem Gegensatz zwischen unserer und der freien Organisation kann es uns nicht einfallen, bei einer solchen großen Berufsorganisation, welcher Geist dort herrscht, welche Taktik befolgt wird, weil auch unser Verband resp. Mitglieder auch mehr oder weniger unter den Dummheiten zu leiden haben, die auf der anderen Seite inszeniert werden. Die Berliner wollen jetzt ihre Zentralleitung für die Niederlage bei der Ausperrung verantwortlich machen, und nahmen eine geharnischte Resolution gegen die Verbandsleitung an. Umgekehrt machte die Zentralleitung das radikale blühwürgige Draufgängeramt in Berlin dafür verantwortlich.

Im nachstehenden bringen wir zur Orientierung der Kollegen den wesentlichen Teil des Artikels, welcher besonders den agitatorisch tätigen Kollegen diesen radikalen sozialdemokratischen Schreibern gegenüber als wirksame Waffe dienen kann.

Bezüglich der Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Schlichte in der Versammlung vom 26. November in Berlin heißt es:

Er (Schlichte) habe nicht geglaubt, daß sich die Diskussion in der Richtung bewegen würde. Der Vorstand gab sich die größte Mühe, die Stimmungen innerhalb der Organisation zu studieren und zu beobachten, um dann den guten Kern aus den Meinungen der Mitglieder herauszufischen, „allerdings unserer Ueberzeugung nach.“ Es sei doch klar, daß die Zeitung unter sachgemäßer Prüfung und Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände nach einem bestimmten Prinzip handele, so wie es sich die Organisation selbst gegeben habe. Sei doch von allen Rednern betont worden, daß der Kampf mit einem besseren Ergebnis nicht beendet werden konnte, weil es der Organisation sowie den am Kampfe Beteiligten überhaupt an der inneren Stärke gefehlt habe. Was wäre wohl unter solchen Umständen geschehen, wenn die Unternehmer nach einer gewissen Zeit die Fabriktore geöffnet hätten? Es werde immer gesagt, der Vorstand wolle den Idealismus erklären. Niemand

wie das. Wer habe zum Beispiel die Berliner davon gehindert, aus Idealismus auf die Streikunterstützung zu verzichten? Kein Mensch. Dem Vorstand können natürlich idealistisch durchglühte Klassenkämpfer doch nur lieb sein, zu um so größeren Kampfschöpfen seien sie dann bereit. Doch der Vorstand habe seine Erfahrungen gemacht. In der Praxis komme es immer etwas anders, als sich einige Idealisten selbst unter dem Vorwand einer Anzahl ihrer Mitkollegen die Sache dächten. Man müsse die Menschen eben nehmen wie sie seien und nicht wie man sie haben möchte. Deshalb glaube er ebenfalls nicht daran, daß der Verzicht auf Unterstützung bei der Klasse praktisch durchführbar sei. Bei dem Kampfe sei die tatsächliche Machtstellung der Elektromagnaten untergeordnet worden. Dank ihrer Monopolstellung sei diese Kategorie des Unternehmertums auf ein Zusammengehen mit den Kleinrentnern gar nicht angewiesen. Sie könnten tatsächlich allein fertig werden und mit dieser Tatsache sei auch künftig zu rechnen. Ferner war zu erwarten, daß bei einem offensiven Vorgehen der Arbeiter der Brand sozusagen über ganz Deutschland ausgebreitet werden könnte. Um den Kampf aber auf der ganzen Linie mit der erforderlichen Entschiedenheit aufnehmen zu können, dazu, das müsse offen eingestanden werden, sei der Verband zurzeit noch nicht stark genug. Der Vorstand konnte es nicht verantworten, daß um dieses Kampfes willen etwa die Gesamtorganisation auf längere Zeit hinaus aktionsunfähig gemacht worden wäre. Deshalb die Zurückhaltung, die er sich auferlegen mußte. Was die eingebrachte Resolution anbelange, so glaube er nicht, daß dieselbe, falls sie angenommen würde, außerhalb Berlins eine andere Stimmung, als wie sie gegenwärtig herrsche, hervorbringen dürfte. Sie könnte höchstens nur Verstärkung erzeugen. Jedenfalls aber werde sie den Vorstand nicht davon abbringen, auch fernerhin seine Entschlüsse nur auf Grund reiflicher Prüfung und sorgfältiger Abwägung der gegenwärtigen Kraftverhältnisse, nicht aber nach momentanen Stimmungen zu treffen.

Trotz der Rede Schlichte's wurde eine geharnischte Resolution gegen den Hauptvorstand angenommen.

Würde der Zentralvorstand des freien Verbandes immer so gehandelt wie Schlichte hier ausführt und seinen Beamten dahin Anweisungen gegeben haben, so wären nicht bloß viele Niederlagen vermieden worden, sondern auch das Verhältnis der verschiedenen Metallarbeiterorganisationen zueinander würde ein besseres sein, wie es heute vielfach der Fall ist. Erfreulich ist es jedenfalls, daß der Verbandsvorsitzende Schlichte hier ehrlich genug ist, einzugestehen, daß der freie Metallarbeiterverband nicht stark genug ist, den Kampf mit dem Unternehmertum auf der ganzen Linie aufzunehmen. Hoffentlich lernen mit der Zeit auch die unteren agitatorisch tätigen Beamten ihre Prahlhansereien einzustellen.

Zur weiteren Verteidigung der Redaktion und der Zentralleitung fährt das Blatt fort:

„Jedoch, der See raste und wollte ein Opfer haben, und so wurde die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen. Es ist aber ganz richtig, was der Kollege Schlichte am 26. November sagte, daß die beabsichtigte Wirkung dadurch nicht erreicht, sondern das gerade Gegenteil eintreten wird. Die Antragsteller und die, die ihm zustimmten, sind über den Inhalt der Resolution aber augenscheinlich selbst nicht im Klaren gewesen. Durch die Resolution werden nämlich, was jedenfalls nicht beabsichtigt war, auch die Vertrauensleute und die Mitglieder der Arbeiterausschüsse desabonniert, die am 12. Oktober den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit deshalb empfohlen haben, weil — wie die Redner der Streikleitung ausführten — „das wirkliche Kampfobjekt mit den Opfern eines ins Ungemessene ausgebreiteten Kiesenkampfes tatsächlich in keinem Verhältnis stehe.“ (Vorwärts vom 13. Oktober 1905.) Die Vertrauensleute und Ausschußmitglieder gingen also bei ihrem Beschluß von den gleichen Erwägungen aus, wie der Vorstand und der Beirat, als diese es ablehnten, zur Unterstützung des Kampfes die Verbandsmitglieder im ganzen Reich auf unbestimmte Zeit mit einem doppelten Wochenbeitrag zu belasten. Und die Streikenden selbst haben sich durch Wiederaufnahme der Arbeit diesen Anschauungen angeschlossen, denn diesen war es ja freigestellt, ob sie den Streik aufheben wollten. Das tut natürlich nichts zur Sache: „Der Jude wird verbannt!“ „Denen in Stuttgart“ mußte doch einmal „ordentlich“ die Meinung gesagt werden.“

„Die Resolution enthält noch eine weitere „Unstimmigkeit“; es heißt darin, daß man gegen den geradezu beleidigenden Leitartikel in Nr. 44 protestiere, weil darin den Berliner Kollegen kleinliche Selbstüberschätzung zugeschrieben wird, die erfreulicherweise nicht vorhanden sei. Wenn die, denen der Artikel wirklich so mißfällt, ihn nochmals nachprüfen, werden sie finden, daß darin mit keiner Silbe von kleinlicher Selbstüberschätzung gesprochen wird, sondern es ist darin die Rede von einer „verhängnisvollen“ Selbstüberschätzung, von „Ueberschätzung der eigenen Kraft“, von einer „grenzenlosen Ueberschätzung“ der eigenen Stärke. Kein Wort von kleinlicher Selbstüberschätzung, was auch ganz natürlich ist, da das Wort Selbstüberschätzung ja alles Kleinliche ausschließt. Wie der Antragsteller und die Beschlußfassenden sich mit diesem Widerspruch abfinden, ist ihre Sache, uns kann das nicht weiter kümmern. — Unrichtig ist aber auch, — wir haben das ausdrücklich hervor, — wenn es in der Resolution so hingestellt wird, als ob in dem Artikel in Nr. 44 allen Berliner Kollegen Selbstüberschätzung zugeschrieben werde, denn es heißt darin, daß die Zahl der „gemäßigten“ Elemente an Zahl nicht gering sei. Diese hielten aber mit ihrer Meinung zurück, weil es heute schon als Schande gelte, sich radikal zu sein.“ (Hört! hört!)

„Weil es heute schon als Schande gelte, nicht radikal zu sein.“ Wahrscheinlich schärfer konnte keine sozialdemokratische Erziehungsmethode nicht geguldet werden, als es hier vom größten sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgan Deutschlands geschieht. Schade nur, daß die Erkenntnis zu spät kommt. Dieselben Gedanken, die hier Herr Schlichte und sein Verbandsorgan vorgetragen, haben auch die Führer des christlichen Verbandes hundertmal in Wort und Schrift vertreten und mußten sich von denselben radikalen Schreibern anpöbeln lassen. Die Situation für den großen freien Verband ist viel ernster, als es den Deuten zum Bewußtsein kommt.

Auf der einen Seite ein gewaltiges machtwortliches Unternehmertum, auf der anderen Seite unvernünftige radikale Draufgänger, an dieser Klippe droht der Verband zu zerfallen. Wir können es wohl verstehen, daß die obersten Führer die Gefahr übersehen und nun mit aller Macht zu bremsen versuchen. Ob es ihnen gelingt, wird die Zukunft zeigen müssen.

Weiter heißt es:

So widerspruchsvoll und unklar wie die Resolution, sind auch die Reden der einzelnen Opponenten. Es ist davon gesprochen worden, daß die Taktik des Verbandes geändert werden müsse. Davon ist aber vor allem zu bemerken, daß sich die Taktik nicht schablonisieren läßt, diese muß sich immer nach den jeweiligen Verhältnissen richten. Dies gilt ganz besonders für Berlin, mit seiner auf verhältnismäßig engem Raum konzentrierten Metallindustrie. Die beste Taktik wird immer die sein, die feindlichen Absichten nicht dadurch zu unterstützen, daß man ihnen durch unkluge Maßnahmen entgegenkommt. Man muß sich stets erst fragen, was beabsichtigt der Gegner? Die Ansicht verschiedener Redner in der Versammlung ging nun dahin, daß noch mehr Arbeiter aus den Fabriken hätten herausgezogen werden müssen. Es ist aber nach Beendigung der Ausperrung allgemein zugestanden worden, daß die Sympathiestreiks wirkungslos waren und ein Fehler gewesen sind. Je größere Massen in einen solchen Kampf wie in Berlin hineingezogen werden, um so schwerer wird es doch auch, die nötige Unterstützung herbeizuschaffen. Wenn von unserer Seite größere Massen in den Kampf gezogen worden wären, hätte man gerade die Plätze begünstigt, die einzelne Scharfmacher im letzten Jahre propagierten. Wir erinnern an die Artikel in der Arbeitgeber-Zeitung, in denen bei Erörterung der Verhandlungsfrage ungeniert ausgesprochen wurde, daß man die Taktik der Arbeiterorganisationen: ihren Zweck durch viele Einzelstreiks, den „Guerrillakrieg“ zu erreichen, durch die Konzentrierung der Arbeitskämpfe unwirksam machen müsse. Die Arbeiterorganisationen müßten zur offenen Feldschlacht, durch große Ausperrungen zu Entscheidungsschlachten gezwungen werden. Auf Grund der in diesen Entscheidungsschlachten errungenen Siege würden dann die Friedensbedingungen diktiert usw. Den Scharfmachern wäre ein großer Gefallen erwiesen worden, wenn sie ihre Absichten am 14. Oktober in Berlin durch die allgemeine Ausperrung hätten durchsetzen können; der große Widerwille, der dem Plane bei der großen Mehrzahl der Unternehmer begegnet,

würde sie nicht veranlaßt haben, davon abzustehen. Die offene Feilschacht wäre dagewesen. Daß es klüger war, sich darauf nicht einzulassen, können nur die Bestreiten, die immer noch von dem „großen Entscheidungskampf“ träumen, der mit den Kühnemännern ausgesprochen werden soll. Dieser „große Entscheidungskampf“, wie er in den Köpfen da und dort noch spukt, ist ein Traum und nicht einmal ein schöner.“

„Eine Frage möchten wir uns bei dieser Gelegenheit erlauben. Was soll in diesem „großen Entscheidungskampf“ denn „entschieden“ werden? Vielleicht die soziale Frage? Wir glauben über den Verdacht erhaben zu sein, daß wir die Macht der Gewerkschaften unterschätzen. Wir sind aber nichtsdestoweniger der Meinung, daß die Gewerkschaften nie und nimmer in die Lage kommen werden, einen so „großen Entscheidungskampf“ führen zu können. Es ist mitunter notwendig, auch solche Binsenwahrheiten extra hervorzuheben. Oder soll der „große Entscheidungskampf“ die Unternehmer zwingen, den Arbeitern größere Zugeständnisse zu machen, wohl gar die immer noch recht stattliche Provision empfindlicher schmälern? Ist dies der Fall — was uns ja auch als das Wahrscheinlichere vorkommt — so müssen wir doch die Berliner Kollegen ernsthaft ersuchen, sich endlich daran zu gewöhnen, über die Berliner Stadtgrenze hinwegzuschauen. Während der letzten Jahre hat in der „Provinz“ sich das Scharfmachertum in einer Weise entwickelt, daß es den Kühnemännern in Berlin gar nichts, aber auch gar nichts an Brutalität und Raffiniertheit nachgibt. Es ist deswegen sehr fraglich, ob es unter diesen Umständen überhaupt möglich ist, eine auf längere Zeit vorhaltende „große Entscheidung“ herbeizuführen. Noch fraglicher ist es, ob denn überhaupt zunächst Berlin der Schauplatz eines solchen „großen Entscheidungskampfes“ sein wird, ob es nicht notwendiger wäre, einmal einen derartig größeren Kampf in der „Provinz“ auszukämpfen. Unsere Kollegen in der „Provinz“ hätten schon Ursache genug, einen solchen Kampf zu führen. Sie können dies aber vorläufig nicht, weil „Berlin allemal vorgeht“. Ist es unter solchen Umständen zu verwundern, daß sich in der „Provinz“ allmählich eine Mißstimmung gegen die Berliner Kollegen bemerkbar macht? Wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Provinz verbessert werden, so ist das nicht in letzter Linie auch ein Vorteil für die Kollegen in Berlin, dann wird — abgesehen vom Zuzug bei Wohnbewegungen — kein so großer Zufluß von „billigen“ Arbeitskräften nach Berlin mehr erfolgen, die dortigen Ertragsverhältnissen können dann nicht so leicht wieder illusorisch gemacht werden.“

„In der Versammlung am 17. Dezember äußerte ein Redner der Opposition (nach dem Vorwärts), daß, wenn wir 10 Jahre lang sparen und 20 Millionen aufhäufen würden, das lazierte Unternehmertum uns 100 Millionen entgegenzusetzen würde. Das ist richtig, die Unternehmer werden uns in dem Punkte immer überlegen sein. Aber so unklug sind sie nicht, daß sie nutzlos 100 Millionen in den Wind schlagen. Hätten wir nur erst die 20 Millionen, dann würden sich die Unternehmer wohl befinden und uns nicht wie im letzten Jahre mit Ausperrungen bedrohen und heimjucken. Die letzte Berliner Ausperrung wäre sicher nicht erfolgt, wenn wir auch statt der 20 Millionen nur 5 Millionen besessen hätten. Die Berliner Kollegen könnten sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sorgten, daß unser Verband in nicht zu ferner Zeit einen seiner Mitgliederzahl entsprechenden Vermögensbestand aufzuweisen in der Lage wäre! — Der Redner, der so geringfügig von dem Werte der 20 Millionen und auch sonst sehr geringfügig von dem Werte des Geldes bei wirtschaftlichen Rückschlüssen sprach, hat aber doch das Kunststück fertig gebracht, den Vorstand und den Beirat mit Vorwürfen zu überhäufen, weil sie nicht für Geld zur Fortführung des Kampfes in Berlin sorgten.“

Auch die Feststellung der Tatsache, daß der große Metallarbeiterverband seine 4400 unterstützungsberechtigten Mitglieder in Berlin nicht unterbringen konnte, ist sehr wichtig. Wir sind nicht schamlos, aber den vielen in der Agitation tätigen Klässern der freien Richtung gegenüber, die bei der unweisen Masse mit den Millionen um sich werfen als wenn's Pfefferkörner wären, sind solche Tatsachen festzuhalten und zu bewerten.

Weiter heißt es dann:

„Daß es eine Phantasterei ist, die Arbeiter durch die Propaganda des Friedeburgschen Generalstreikgedankens zum Verzicht auf Unterstützung, wenn auch nur für kürzere Zeit, erziehen zu wollen, braucht nicht besonders betont zu werden, das versteht sich von selbst. Ganz drastisch bewiesen wird dies aber durch die ortsstatutarische Regelung der Streikunterstützung in Berlin und durch die Stellung der Berliner Delegierten auf den Verbandstagen. Aus Idealismus rufen diese für größtmögliche Arbeitsruhe am 1. Mai ein und aus Idealismus forderten sie auch Gemäßigter an Stelle der bisherigen Arbeitslosenunterstützung und stimmten dafür. Das ist gewiß ein sehr materialistischer „Idealismus“. — Der Redner, der die Ernährung zum Hungern empfahl, war besonders indigniert über unsere Bemerkung in Nr. 44, daß bei so tief einschneidenden Fragen, wie bei Ausperrungen usw., die endgültige Entscheidung nicht den Streikenden überlassen werden dürfe. Das sei eine „verschrobene“ Ansicht (so steht es im Bericht des Vorwärts), die deshalb nicht verwunderlich sei, da Scherm „bereits 22 Jahre in der Redaktion sitze und die Stimmung unter den Kollegen in der Werkstatt nur noch vom Hörensagen kenne.“ Mit solchen demagogischen Mätzchen will man eine Ansicht abtun, die sich auf langjährige Erfahrung gründet und gegen die vernünftige Erwägungen nicht gemacht werden können. Die Stimmung von Streikenden kann niemals unbedingt für die Fortsetzung eines Ausstandes maßgebend sein.“

Die „Metallarbeiterzeitung“ beweist durch diese Ausführungen, daß nicht nur die Taktik im freien Verband seither eine vollständig verfehlte war, sondern auch die Erziehung der Massen. In seiner seit herigen wüsten Agitation liegt die Wälleserse des freien Metallarbeiterverbandes. Alle Geldmittel wurden zu diesem Zwecke absorbiert, Bewegungen inszeniert, so steht der große Verband mit seinen vielen Mitgliedern mittellos da. Unter solchen Verhältnissen hat es das Unternehmertum in der Hand, ihn zu jeder Zeit zusammenbrechen zu lassen.

Daß der Metallarbeiterverband lieber in „der Provinz“ als in „Berlin“ große „Entscheidungskämpfe“ ausfechten möchte, ist leicht begreiflich, denn in Berlin liegt der vierte Teil der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes während in den einzelnen Provinzstädten nur ein kleiner Prozentsatz in Frage kommt.

Daß aber in der „Provinz“ die Lohnverhältnisse verhältnismäßig schlechter liegen sollten wie in Berlin ist unklar. Wurden doch den Lagerarbeitern in den Elektrizitätswerken 2 Mark 70 Pfg. Tageslohn ausbezahlt. In Rheinland und Westfalen stehen die Löhne im allgemeinen besser wie in Berlin, trotzdem der freie Verband dort 54 000 Mitglieder aufweisen kann. Arbeit ist also noch genug in Berlin vorhanden, wenn die Arbeiter einen auskömmlichen Lohn erhalten sollen.

Unangenehme Wahrheiten

schrieb den Kraut- und Schlotjüngern ins Stammbuch, der Staatssekretär Graf Posadowsky, am Dienstag den 6. Februar im Deutschen Reichstag.

Bekannt ist, daß der Vertreter der A. Henbarone Herr Rirdorf, die christlichen Gewerkschaften mehr haßt, wie die sozialdemokratischen. Diese Vorbeeren ließen den konservativen Krautjunker von Kardorf nicht ruhen, sich von der Tribüne des Reichstages herab die gleichen Vorbeerkränze zu pflücken. Auch diesem Herrn sind die christlichen Gewerkschaften mißliebiger wie die Sozialdemokraten.

Aus dem Munde einer angeblichen Stütze von Thron und Altar, nimmt sich solches gewiß erst recht erbaulich aus. Die christlichen Arbeiter verlangen von beiden Richtungen keine Anerkennung. Würde sie erfolgen, wäre alle Ursache vorhanden, eine Gewissensprüfung abzuhalten, ob sie noch auf dem richtigen Wege sich befinden. Die christliche Arbeiterbewegung wird trotz der Scharfmacher unbeirrt ihren Weg weiter gehen. Um so erfreulicher ist, wie der Staatssekretär Graf Posadowsky die Herren abfertigte, indem er ausführte:

„Bestern war auch von den christlichen Gewerkschaften die Rede. Ein Arbeitgeber soll erklärt haben, sie seien noch schlimmer als die Sozialdemokratie. Wenn man von der Ansicht jener Kreise ausgeht, die sich der Hoffnung hingeben, daß trotz der industriellen Entwicklung Deutschlands die Arbeiterbewegung gänzlich wieder beseitigt werden könne, wer glaubt, daß in unserer modernen Zeit die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und sich an den öffent-

lichen Angelegenheiten zu beteiligen, ein Ende nehmen könnten, der befindet sich in einem großen Irrtum. (Sehr richtig! bei den Soz.) Jene Ansicht kann nur derjenige haben, der diese Frage nicht vom richtigen Standpunkt aus beurteilt. Es ist ja ein Unterschied zwischen der berechtigigten Arbeiterbewegung und der unberechtigten. Die Sozialdemokratie stellt Forderungen im Interesse der Arbeiter, die weder im Gegenwartstaat noch im Zukunftstaat, noch in irgend einem anderen Staate der Welt ausgeführt werden können; denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Staaten führen, der bestehende Staat müßte beseitigt werden. Davon, wie der Zukunftstaat aussehen soll, habe ich wenigstens keinen Begriff. Da muß man es doch begründen, wenn eine Arbeiterbewegung entsteht, und sich entwickelt, die erklärt, daß die materielle Lage der Arbeiter entsprechend dem wachsenden Wohlstand der Gesamtbevölkerung verbessert wird, verlangen auch wir, ebenso daß die Arbeiter an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen. Aber wir wollen dieses Ziel verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staat, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wir wollen dieses Ziel erreichen dadurch, daß wir eine Arbeiterpartei schaffen, die innerhalb des gegebenen modernen Staates, innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen Grenzen ihre Wünsche verfolgt. Da haben wir doch allen dringenden Grund eine solche Arbeiterbewegung wie die Christliche zu unterstützen. Die Richtung, die dahingeht, diese Bewegung sei viel unangenehmer als die Sozialdemokratie, vertritt einen Standpunkt, den nur derjenige hegen kann, dem jede Arbeiterbewegung unheimlich ist, (Sehr richtig! links und in der Mitte), ebenso unheimlich, wie einem Minister eines absoluten Staates die Arbeit eines Ministers im konstitutionellen Staate sein würde.“

Graf Posadowsky hat mit seiner Anschauung zweifellos den Kern der Sache getroffen. Hätten die bürgerlichen Parteien früh genug den Arbeitern im öffentlichen Leben einen Platz eingeräumt, eine genügende politische Vertretung gegeben, die sozialdemokratische Partei wäre unmöglich gewesen. Der Egoismus der besitzenden Klassen trägt die Schuld,

Der Herr Landrat Graf von Galen und die christliche Arbeiterbewegung.

Beuel bei Bonn. Am Sonntag den 4. Februar fand hier eine große christliche Arbeiterversammlung statt. Gewerkschaftssekretär Schwarz sprach über „Die Notwendigkeit der Organisation der christlichen Arbeiter“. Bezirksleiter Döring-Cöln über „Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bonn und Umgegend“. Aus eigener Initiative war Herr Landrat Graf von Galen erschienen. Derselbe hielt unter lebhafter Zustimmung der Versammlung folgende Ansprache:

Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich dem Herrn Vorsitzenden Ihrer Versammlung meinen herzlichsten Dank ausspreche für die freundlichen Worte der Begrüßung und Ihnen, daß Sie diesen Worten so lebenswürdig zugestimmt haben. Das zeigt mir, daß ich hier in Ihrer Versammlung willkommen bin. Ich bin ja auch nicht hierher gekommen, um Ihre Versammlung zu stören, sondern vornehmlich, um mich zu orientieren, weil ich persönlich das lebhafteste Interesse nehme an den Bestrebungen des arbeitenden Standes und weil ich es auch für die Pflicht meines Amtes halte, dem Fortgang dieser Bestrebungen die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Nach ein weiteres tritt hinzu: Die grundsätzlichen Bestrebungen derjenigen Arbeiterverbände, die diese Versammlung einberufen haben, stehen in einer Art Wechselbeziehung mit den Aufgaben der staatlichen Obrigkeit. Sie wollen Ihre Ziele erreichen zugunsten des Arbeiterstandes, ohne die wohl erworbenen Rechte anderer anzugreifen und auf dem Boden der bestehenden Rechts- und Staatsordnung. Das stimmt zusammen mit der ersten und vornehmsten Aufgabe der staatlichen Obrigkeit, Bestehen des und wohl erworbenes Recht mit starker Hand zu wahren und zu schützen, einerlei für wessen Recht oder gegen wessen Gewalt dieser Schutz gerichtet sei.

Meine Herren! Die fortschreitende Entwicklung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zeitigen eine Menge neuartiger rechtlicher Beziehungen von einzelnen Menschen sowohl wie von Menschengruppen zu einander. So ist die zweite Aufgabe der Obrigkeit die neuen sich aus solchen Beziehungen ergebenden Rechtsgrundsätze zu finden,

Ne festzusetzen und so weit erforderlich mit der Kraft des Gesetzes zu umkleiden. Dieser Aufgabe entspricht das Bestreben Ihrer Verbände, die mit der besonderen Lage des arbeitenden Standes ergebenden rechtlichen Forderungen zur gesetzlichen Anerkennung zu bringen. Wundlich ist die dritte Aufgabe der Obrigkeit, innerhalb des Spielraums, welchen die unübersteiglichen Schranken der Rechtsordnung lassen, die Wohlfahrt der Bevölkerung und zwar aller Stände zu fördern, am meisten aber derjenigen Stände, die am wenigsten selber in der Lage sind, sich zu helfen. In ganz gleicher Richtung, meine Herren, bewegen sich die Wohlfahrts-einrichtungen ihrer Verechtigungen, für welche ein vor mir liegender Anmeldezeitel zum Verband christlicher Arbeiter für das graphische Gewerbe ein schönes Beispiel gibt.

Siegen somit, meine Herren, wenn ich die Sache richtig auffasse, die Bestrebungen Ihrer Verbände einerseits, die Aufgaben der staatlichen Obrigkeit andererseits, sozusagen parallel, so muß es Ihren berechtigten Bestrebungen förderlich und meinen Obliegenheiten entsprechend sein, wenn wir uns zu mündlichem Meinungsaustausch zusammenfinden.

Es gibt auch noch andere Arbeitervereinigungen, meine Herren, die nicht auf dem Boden unserer Rechts- und Staatsordnung stehen, die eventuell sogar bereit sein würden, zur Gewalt und Unrecht zu schreiten, sobald die staatliche Obrigkeit nicht mehr über hinreichende Machtmittel verfügen würde, sie davon abzuhalten. Mögen diese Verbände auch zurzeit viel mehr Mitglieder zählen, wie die christlichen Verbände, und über viel reichlicheres Vermögen verfügen: gleichwohl bin ich jetzt überzeugt, daß für die christlichen Verbände der Erfolg größer sein wird: weil und so lange sie auf dem festen Boden des Rechtes stehen, und nur erstreben wollen, was recht ist; denn das Recht muß siegen. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Verhandlung einen förderlichen und guten Verlauf.

Die Ausführungen des Herrn Grafen von Golen verdienen gewiß aller Beachtung. Es wäre wünschenswert, daß die Behörde überall der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein gleiches Verständnis entgegenbrächte, zweifellos würde dann die Sozialdemokratie nicht so viele Anhänger zählen, wie es heute der Fall ist.

Auch dem Herrn Bürgermeister von Berg-Gladbach dürfen die Ausführungen des Herrn Landrat zum Studium empfohlen sein.

Das Klassenmardertum.

München. Die unerfreulichste und abstoßendste Erscheinung im Gewerkschaftsleben sind die sogenannten Klassenmarder. Viel schlimmer als die hartnäckig indifferenten Arbeiter, die überhaupt nichts von der Organisation wissen wollen, sind diejenigen Elemente, die aus Wohlverdienender, schätzbare Gewinn sucht kurz vor Ausbruch von Lohnbewegungen sich den Organisationen anschließen, während der Dauer des Lohnkampfes die Unterstützungen beziehen, um dann als feige Schmarotzer der Organisation wieder den Rücken kehren. Daß sie damit zum Verräter, zum Verräter ihrer eigenen Sache, ihres eigenen Standes werden, kümmert diese Arbeiter nicht. Sie sehen bloß auf ihren eigenen, persönlichen Vorteil; ihr kurzfristiger Eigennutz und Gewinn sucht kennt kein Solidaritätsgefühl, kein Standesbewußtsein: solches sind ihnen fremde Begriffe.

Dabei sind dieselben stets die Unersättlichsten; ihnen sind die Unterstützungen niemals hoch genug. Und wird ihren Ansprüchen nicht genügt, so sind sie jeden Augenblick zum Umfall, zum Streikbruch, zum Verrat ihrer eigenen Sache, ihrer Berufskollegen bereit. Ist die Bewegung beendet, so man zugunsten oder ungunsten der Arbeiter, dann hat die Organisation dieser Ausschläger ihre Mission erfüllt. Ob sie auch Gelder von Mark an Unterstützung bezogen, während sie vielleicht nicht einmal so viele Groschen als Bezahlung bezahlt haben, das kümmert sie nicht. Herr „Chr.“, ihrem „Pflichtgefühl“ tut es keinen Abbruch, der Organisation treulos jeden weiteren Beitrag zu verweigern. Das ist dann der Dank für die Unterstützung in harten Tagen, während der Zeit der Ausschüttung.

Doch manchen dieser Ausschläger die es auch noch wagen, sich Kollegen zu nennen, genügt das noch nicht. Mit ihrem Einströmen der Unterstützung und Ausströmen aus dem Verband nach beendigter Bewegung ist ihr ganzer „lobenswerter“ Charakter auch nicht richtig zum Vorschein gekommen. Dann arbeiten sie vielfach auch noch gegen die Organisation, die sie ausgedehnt betrogen haben. Ob arbeiten sie dann noch dagegen mit den schlauesten und vornehmsten Mitteln.

Es gibt kaum parlamentarische Worte, um ein solches Gebahren richtig zu kennzeichnen. Nur Ekel und Abscheu wird jeder ehrliche Kollege empfinden können vor einer solch tiefen moralischen Verkommenheit; die bereit ist, alles zu opfern, was einem organisierten Arbeiter heilig ist, um sich nur einen augenblicklichen finanziellen Vorteil zu verschaffen.

Daß auch in unseren christlichen Gewerkschaften solche Einzelfälle vorkommen, kann nicht weiter verwunderlich sein. Denn welche gute Sache wäre noch nicht von egoistischen Menschen mißbraucht worden. Auch unser christlicher Metallarbeiter-Verband ist nach dieser Richtung hin nicht verschont geblieben. Den trassesten Fall aber, und das hätten wir auf keinen Fall erwartet, auch unsere Kollegen werden sich darüber wundern, haben wir im Anschluß an die Ausschüttung in der bayerischen Metallindustrie in München zu verzeichnen. Mehr wie dreißig Ausschläger sind es da, die nach besonderem Schema ihrer „Organisations-“ und „Dankes-“ Pflicht genügt haben. Beschämend ist es, daß dies nach einem solchen schweren Kampfe möglich gewesen ist. Noch beschämender und verachtungswürdiger angesehen der Tatsache, daß gerade in München solche hohe Unterstützungen von unserem Verband den Ausschlägern bezahlt wurden, wie noch in keinem andern Falle.

Im nachstehenden veröffentlichen wir die Namen dieser, welche wegen Schädigung des Verbandes ausgeschloffen und in unserem Verbande keine Aufnahme mehr finden können. Gleichzeitig ist die Unterstützungssumme vermerkt, welche dieselben bei der Ausschüttung in München bezogen haben.

Bud.-Nr.	Name	Beruf	Bezogene Unterstützung
29 480	Mich. Rieger	Schlosser	340,66
29 249	Wlsl. Stelzler	Maschinenarbeiter	204,00
29 263	Jos. Berger	"	178,33
17 695	Jos. Haberl	"	176,32
17 691	Jos. Michl	Schlosser	169,83
29 817	Ferd. Geiger	Kesselschmied	169,00
29 904	J. Himmelstos	Maschinenarbeiter	167,17
14 424	Jos. Syr	"	145,83
29 251	Joh. Syr	Schlosser	143,47
29 267	Joh. Sauer	Maschinenarbeiter	139,32
17 690	Kon. Straßer	Zimmerer	137,80
29 248	Kon. Koller	Kesselschmied	130,80
29 478	Jos. Schilcher	Maschinenarbeiter	127,80
29 912	Heinr. Krämer	"	127,30
29 261	G. Halbritter	Metallschleifer	123,30
29 259	Jos. Bichler	Maschinenarbeiter	122,80
29 244	Mois Huber	"	110,62
29 472	Heinr. Achatz	"	107,17
29 252	Georg Zappel	"	97,46
29 486	Math. Altenborfer	"	92,50
29 477	Joh. Gög	Schlosser	84,62
29 962	Joh. Franz	"	82,37
29 906	Ed. Koch	Maschinenarbeiter	82,38
15 423	Klem. Weinfurter	"	77,17
29 902	Math. Keiler	"	77,17
29 818	Wlsl. Riegel	"	77,00
29 798	Hugo Kronbügel	Schlosser	61,67
29 492	Jos. Heiminger	"	57,00
30 348	Jos. Schmid	Maschinenarbeiter	55,00
29 270	Heinr. Reif	"	46,63
29 923	Karl Klaus	Schlosser	41,67
29 257	Jos. Spreng	Maschinenarbeiter	19,50

Im Sinne der Arbeiterorganisation kann die Handlungsweise solcher Arbeiter nur als moralischer Diebstahl bezeichnet werden. Denn am letzten Ende sind es auch Arbeitergewissen, die sich die treuen und opferbereiten Arbeiter abgespart haben, welche jene unter Vorwiegung und erheuchelter Solidarität zu erschleichen gewußt haben.

Im übrigen trifft die Schuld zum Teil auch die Ortsvorstände, weil sie nicht genügend bestrebt sind, die Interessen der Gesamtheit, d. h. des Verbandes, gegenüber unberechtigten Ansprüchen von Klassenmardern geltend zu machen. In München speziell trifft die Ortsverwaltung der größte Teil der Schuld, indem die Zentrale gewissermaßen erst mit Zwangsmitteln drohen mußte, um die Leute überhaupt zur Ration zu bringen. Bei vielen Ortsständen herrscht die naive Vorstellung mit möglichst vielen und hohen Unterstützungen Leute an den Verband zu locken zu können, das Gegenteil wird in der Regel erreicht. Bei jeder Gelegenheit belästigt man die Zentrale bald mit dieser, bald mit jenen Anliegen betreffs Unterstützungen, welche außerhalb der Statuten liegen. Da will der eine vom ersten Tage an Streckunterstützung haben, der andere mit einer Extrazulage, der dritte soll in Not sein, beim vierten hat man wieder etwas anderes erbeten.

Diese Extrazulagen müssen aufhören. Wer sich damit nicht abfinden kann, mag sehen, wo er anderwärts einen Unterschlupf findet.

Vor allen Dingen müssen die Mitglieder von den örtlichen Führern in der richtigen Weise erzogen werden. München bietet hier ein warnendes Beispiel. Es muß sich rächen, wenn die Zahlstellenleitungen bei ausbrechenden Lohnkämpfen sich auf die Seite derjenigen Elemente stellen, die niemals an Unterstützungen genug erhalten können, wenn die örtlichen Leiter sozusagen die Unzufriedenheit und Disziplinlosigkeit großmütigen helfen. Wenn die egoistischen Elemente dann nach erfolgter Ausschüttung des Verbandes diesem ohne Gewissensbisse den Rücken kehren, oder sogar die Organisation damit noch bekämpfen, wie es auch in München der Fall ist, so ist das zwar nicht weniger verabscheuungswürdig, aber wohl leichter erklärlich. Wie man die Massen erzieht, so werden sie sein. Beispiele dafür haben wir tagtäglich vor Augen. Einige rüddige Schafe werden stets darunter sein, aber so viele wie in München hier in diesem Falle dürfen es niemals sein, und werden es auch niemals werden, wenn die Erziehung in der richtigen Weise erfolgt ist.

Möge man auch in andern Zahlstellen dieses ganz besonders beherzigen. Die Erziehung muß schon vor dem Ausbruch von Lohnkämpfen geschehen. Den Mitgliedern die Bestimmungen der Satzungen eingepaukt werden, dann werden viele Unannehmlichkeiten zu vermeiden sein. Dann werden wir auch dem Klassenmardertum die Giftdöhne ausziehen und hoffentlich dann in unserem Verband in Zukunft nicht mehr solch beschämende Vorgänge wie den hier behandelten zu verzeichnen haben.

Ein Maulkorb für den Korrespondenten-Redakteur.

Das Organ des deutschen Buchdruckerverbandes liegt seit langer Zeit mit der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung, (Organ des Herrn Mehring) und dem Vorwärts in Fehde, trotzdem anerkannt wurde, daß „die Unmissigkeit der Leipziger Volkszeitung gegen die Buchdrucker sattfam bekannt sei“, hat der Verbandsvorstand beschloffen, die Polemik gegen die Leipziger Volkszeitung einzustellen.

An der Spitze des Verbandsorgans vom 3. Februar prangt folgendes:

„Erklärung: Auf Anregung des Leipziger Gauvorstandes und im Auftrage der dortigen Gaumitglieder hat der Unterzeichnete sich mit den Auseinandersetzungen der „Leipziger Volkszeitung“ und der Redaktion des „Vor.“ bezw. dem Redakteur Reyhäuser beschäftigt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht sich gegen die unliebsamen Polemik zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vor.“ nach Anhörung der Vertreter des Leipziger Gauvorstandes und der Redaktion des „Vor.“ sein lebhaftes Bedauern über die fortgesetzten Reibungen zwischen diesen beiden Organen aus.

Er erkennt an, daß die Redaktion des „Vor.“ den Angriffen der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber wiederholt zu energischer Abwehr berechtigt war (siehe neuerdings solche gegen den Bericht über die Frankfurter Steuererhöhungen und den Neujahrsartikel unsers Organs), bedauert jedoch hartnäckig, die, wenn sie auch lediglich als eine logische Schlussfolgerung der bisherigen Stellungnahme des „Vor.“ der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber zu betrachten sind, zu gegebener Zeit aber als taktisch nicht anerkannt werden können.

Der Vorstand spricht die Erwartung aus, daß die Redaktion des „Vor.“ für die Zukunft gegenüber weiteren Angriffen der „Leipziger Volkszeitung“ (deren Unmissigkeit gegen die Buchdrucker sattfam bekannt ist) auf den „Vor.“ und die Allgemeinheit der Buchdrucker einen reservierteren Standpunkt einnimmt und solche Angriffe zu geeigneter Zeit den berufenen Verbandsinstanzen zur Stellungnahme unterbreitet. Berlin. Der Verbandsvorstand.“

Damit hat auch das einzige Verbandsorgan der freien Richtung kapituliert, welches bis jetzt noch den Mut hatte, sozialdemokratischen Parteinstanzen gegenüber eine eigene Meinung zu vertreten. Die Radikalinstanz haben also auch im Gewerkschaftslager gesiegt. Es ist doch zuletzt nur ein Feigenblatt, womit die Blöße verdeckt werden soll, wenn es heißt: solche Angriffe (der Leipziger Volkszeitung) zu geeigneter Zeit den berufenen Verbandsinstanzen zu

Stellungnahme zu unterbreiten. Die „Instanzen“, welche nicht den Mut haben, wenn die Angriffe erfolgen, abzuwarten, werden zu geeigneter Zeit hierzu noch viel weniger den Mut finden. In welcher Art die Leipziger Volkszeitung mit dem Korrespondent-Redakteur umgesprungen, zeigt folgender Erguß:

„Ein Arbeiterblatt für die Polizei. Die Leipziger Polizei und Staatsanwaltschaft ist ausdrücklich zu beglückwünschen. Für ihre glorreiche Entdeckung, die Leipziger Volkszeitung reize zu gewalttätiger Revolution auf, hat sie jetzt einen bewundernden Schwurzeugen gefunden: den Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker. In seiner letzten Nummer bekommt das Blatt es fertig, zu schreiben, wir hätten an die Gewalt appelliert, und wir hätten das Bemühen gehabt, die Arbeiter auf die Straße und vor die Flinten des Militärs zu locken. Diesen Blödsinn erst zu widerlegen, hieße unsere Leser beleidigen. Wir haben genau das Gegenteil getan, wie wir aus fast jeder Nummer der Leipziger Volkszeitung konstatieren können. Die Scharfmacherpresse Deutschlands aber wollen wir jedoch für die kommenden Prozesse gegen uns auf diesen Gesinnungsgegossen hiermit extra aufmerksam machen. Es ist unseres Wissens in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung das erste Mal, daß ein Arbeiterblatt einem anderen in seinem Kampfe mit Polizei und Staatsanwaltschaft derart in den Rücken fällt. Das Urteil über diese Insamie wollen wir jedem ehrliebenden Arbeiter überlassen.“

Und in Nr. 20 vom 25. Januar heißt es: „Reyhäuser auf der Retirade. Unserer Notiz über die schamlosen Dienste, die Reyhäuser der Leipziger Polizei und Staatsanwaltschaft in ihrem Kampfe gegen uns leistet, hat bereits ihre Wirkung geübt. Augenscheinlich ist diesem Durschen auch von anderer Seite deutlich die Meinung über seine Ehrlosigkeit gesagt worden. In einer auffallend kleinmütigen Notiz, die mit seiner sonstigen Großmütigkeit in frappierendem Gegensatz steht, tritt er jetzt den Rückzug an, und fragt nur noch ganz betreten, warum wir ihm seine Albernheiten in Nr. 117 und 150 des vorigen Jahrgangs so ungenossen haben durchgehen lassen, in denen er ebenfalls schon behauptet habe, die Leipziger Volkszeitung reize zu Gewalttätigkeiten an. Darauf diene ihm zur Antwort, daß wir viel zu tun hätten, wenn wir ihm jedesmal die Prügel zukommen ließen, die er verdient hat. Sein Eingeständnis, daß er wegen der Nummern 117 und 150 auf eine gehörige Tracht Anspruch machen konnte, nahmen wir zur Kenntnis. Wenn wir sie ihm damals schenkten und diesmal nicht, so lag das an der veränderten Situation. Reyhäuser weiß ganz genau, daß gegen uns das Strafverfahren wegen 24 Artikeln eingeleitet ist in denen die Behörden eine Aufreizung zu Gewalttaten erblicken. In dieser Situation ist dieser traurige Wicht dem Arbeiterblatte in den Rücken gefallen und hat den Todfeinden der Arbeiterklasse schurkische Dienste geleistet, indem er sofort in alle Welt hinausrief: Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat recht, die Leipziger Volkszeitung hat tatsächlich zu offener Gewalt aufgefordert. Diese Handlungsweise war um so ehrloser, als es sich, wie Reyhäuser ebenfalls wußte, um einen Verbandskollegen von ihm handelte, dem er in dieser perfiden Weise einen Stoß in den Rücken gab. Die moralische Verklumpung dieses Helben ist schon so weit vorgeschritten“ . . .“

Daß trotzdem und alledem der stolze Buchdruckerverband vor einer Leipziger Volkszeitung so feige die Segeln streicht und seinen Redakteur im Stich läßt, ist einfach unglücklich.

Beamte des „freien“ Metallarbeiterverbandes machen in „Geschäftsprovision“.

Solingen. Es ist unseren Kollegen im Reich längst bekannt, welche schändliche Rolle die Vertreter des (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes in Velbert, Solingen im Verlaufe des letzten Sommers gespielt haben. Nicht allein organisierten sie den Streikbruch, sondern sorgten auch bei der Aussperrung, wo ihre eigenen Kollegen beteiligt waren, für Anfertigung von Gütern, wie es jetzt offiziell von Unternehmern bestätigt wird.

In der Solinger Zeitung vom 3. Februar dieses Jahres steht folgendes:

Erklärung.

folgendes Schreiben wurde uns von der Firma Nippes & Schmidt übergeben:

Wir bestätigen hiermit den Herren Emil Witte, Wilh. Langenberg und Karl Eichhorn, daß der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Max Sandler, in Gesellschaft des Herrn Hugo Schaal aus Solingen, bei der unterzeichneten Firma im Monat Juni 1905 vorstellig geworden ist, zwecks Unterbringung von Guß-Ordres für Velberter Firmen, welche z. Zt. des Formerstreiks in Velbert und Heiligenhaus nicht ausgeliefert hatten. Wir bestätigen ferner, daß Ersterer (Herr Sandler) versuchte, die Verkaufspreise zu drücken; nachdem dieses scheiterte, frug er, wie viel Provision fällt dann für uns ab.

Weyer, Rhld., den 2. Februar 1906.

Nippes & Schmidt.

Wir bemerken ausdrücklich, daß Herr Schaal völlig unbeteiligt ist, erwarten aber von Herrn Sandler, daß er nunmehr gegen obige Firma oder aber gegen die Unterzeichneten gerichtlich vorgehen wird.

Emil Witte, Karl Eichhorn, Wilh. Langenberg.

Die Genanten sind Messerschleifer.

Nach den Vorgängen des letzten Jahres ist man von Führern des freien Metallarbeiterverbandes vieles gemahnt. Aber solche Vorwände, wie oben geschildert, sollte man geradezu für unmöglich halten. Trotzdem wagen die freien Führer, andern Arbeiterverrat, Streikbruch und alles Mögliche vorzuwerfen. Sicher muß die Korruption im freien Lager schon gewaltige Fortschritte gemacht haben, wenn solche Dinge von den Führern verübt werden können. Pfui über solche Machinationen.

Streik bei der Firma Gebr. Pfeiffer, Maschinenfabrik Kaiserlautern.

In der Gießerei des Herrn Pfeiffer waren die Meister in den letzten Jahren immer darauf aus, die Akkordlöhne zu reduzieren. Nun erhielt die Firma vor ungefähr 1/4 Jahren wiederum einen neuen Gießmeister, welcher seine Vorgänger betreffs Abzug der Löhne sowie die Behandlungsweise seiner Untergebenen bei weitem übertraf. Als der Meister in das Geschäft eintrat, war der Akkord schon so heruntergesetzt, daß die Former nach 14 Tagen ihren allerniedrigsten Lohn herauszuschwizen konnten und dennoch verstand es der jetzige Meister, die Akkordlöhne immer noch weiter zu reduzieren. So wurde zum Beispiel früher für ein Stück Arbeit 60 Mark bezahlt, nach dem Akkord des jetzigen Meisters dagegen nur 40 Mark. Einer unserer Kollegen erhielt für ein Stück Arbeit 4 Mk. Vor einigen Wochen sagte der Meister zu ihm, von jetzt ab erhalten Sie nur noch 3,50 Mark für dieses Stück. Der Kollege, welcher mit einer Familie zu rechnen hat, wehrte sich gegen diesen Abzug. Am nächsten Zahltag sagte der Meister „So, für Ihren treuen Mund erhalten Sie den alten Preis von 4 Mark. Er hat ihn auch tatsächlich erhalten.“

Am darauffolgenden Zahltag erhielt unser Kollege aber keine 4 Mark, auch keine 3,50 Mark, sondern nur 3 Mark für dasselbe Stück.

Aus diesem wenigen Angeführten kann man sich ein Bild machen, weshalb die Arbeiter der Gießerei von ihrem äußersten Mittel Gebrauch machten. Im Beschlusse der Arbeiter ist der Meister ebenfalls gewiß. Er tituliert seine Untergebenen mit Schimpfnamen, die wir hier nicht wiederholen wollen. Als das Maß voll wurde, beriefen die Kollegen eine Werkstattversammlung ein und besprachen ihre traurige Lage. Hier kam man zu dem Entschlusse, eine Kommission zu wählen, welche bei Herrn Kommerzienrat vorstellig werden sollte und sämtliche Mißstände schriftlich, ev. weiter mündlich bekannt geben. Dies ist auch geschehen. Als der Herr Kommerzienrat dieses Schriftstück durchgelesen und weitere mündliche Klagen mit angehört hatte, erklärte er: „nun habe ich einmal einen Meister, mit dem ich zufrieden sein kann. Ich habe in den letzten Jahren 60 000 Mark in meine Gießerei zugelegt und es sind Former bei mir beschäftigt, welche pro Tag 5 Mk. verdienen“, und somit war die Kommission entlassen. Nun glauben wir, wenn ein Fabrikant 60 000 Mk. in eine Abteilung seines Geschäfts zusetzt, wo ohnedies mit Anspannung aller Kräfte geschuftet wird, die Löhne im Verhältnis der Former in andern Städten niedriger zu nennen sind, die Schuld wo anders liegt als im Antreiben oder Lohnabziehen; da scheint

entweder schlechte Leitung, mangelhafte technische Einrichtung, oder Unfähigkeit der Beamten und Meister vorzuliegen. Durch Unfähigkeit des Beamtenpersonals, besonders im Gießereibetrieb, wird ein Werk zehmal mehr geschädigt als wie durch Oliganierung und Lohnreduzierung ein Meister wieder einbringen kann. Solches sollte auch einem Kommerzienrat nicht unbekannt sein. Wir zweifeln stark, ob auf diese Art die angeblichen 60 000 Mark Verlust herausgewirtschaftet werden. Ueberdies ist es sonderbar, daß trotz der angeblichen Verluste das Anwesen des Herrn immer größer wird. Es gibt bekanntlich auch Leute, die leben vom Schaden. —

Daß der Herr Kommerzienrat sagt: „bei ihm seien Former beschäftigt, die immer noch 5 Mark pro Tag verdienen“, ist uns unverständlich, denn Schreiber dieser Zeilen hat einem tüchtigen Former seine letzten 10 Lohnscheine durchgesehen und hat dabei herausgebracht, daß trotz Sonntagsarbeit keine 5 Mark auf einen Tag entfielen. Auch ein Akkordlohn von 5 Mk. für einen Former ist gewiß nicht zu hoch für diese harte Arbeit, wozu nebenbei noch das Werkzeug zu stellen ist.

Auf die Abweisung des Herrn Kommerzienrats wurde eine zweite Werkstattversammlung einberufen in welcher einstimmig beschlossen wurde, die Kündigung einzureichen, welches geschehen ist und unsere Kollegen nun im Ausstand stehen.

Für uns christl. organisierte Arbeiter in Kaiserlautern ist der Vorgang bei Gebr. Pfeiffer wieder ein Beweis, daß wir mit aller Energie und vollem Eifer die Agitation für unsern Verband durchführen müssen, um die noch fernstehenden indifferentsen Kollegen zu gewinnen.

Grüße Differenzen sind in Triberg (Schwarzwald)

Infolge angekündigter Lohnreduktionen bei der Firma Bühler Nachfolger, Fabrik für Uhrenlautewerke ausgedrungen. Der am stärksten beteiligte christliche Metallarbeiter-Verband nahm sofort Stellung in einer Fabrikversammlung. Die dort selbst gewählte Kommission, bestehend aus zwei unserer Kollegen wie einem Mitglied des deutschen Verbandes wurde dieserhalb vorstellig, um auf gutem Wege die Betriebsleitung zur Zurücknahme der angekündigten Reduktion zu bewegen. Mit den unbedeutendsten Gründen suchte der anwesende Teilhaber die Maßnahmen zu rechtfertigen. Er erklärte, was den Akkordern abgezogen wird, kommt den in der oberen Abteilung zugute, d. h. den einen nimmt man etwas, um es den andern zuzulegen, schmeißbar. Es sei gut, wenn mal gestreift würde, da kämen doch einige hinaus, die man schon längst gern draußen hätte, für die schon wieder ein Ersatz vorhanden sei. Der Bericht der Kommission wirkte natürlich noch mehr erhitzend, und dementsprechend beschloß die zweite Versammlung, die Kündigung einzureichen, sofern der Hauptinhaber, welcher auf Reisen sei, nicht zu ermitteln ist. Der geplante Abzug ist durch nichts gerechtfertigt, da die Firma Aufträge über Aufträge hat, schon seit einem halben Jahr mußten Überstunden gemacht werden, diese Überstunden ungedruckt verdienten einige Arbeiter in 136 Stunden in 14 Tagen 48—50 Mk. oder 36 Pfennig pro Stunde, wenn es gut ging, da sehr oft an einem Tag 3 oder viermal eingespant werden muß, wodurch viel Zeit verloren geht, zum Schaden der Arbeiter.

Inbetracht kommen solche 40 Arbeiter, von denen ein Teil bedauerlicher Weise erst durch dieses Vorwissen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sich überzeugte.

Wächte das doch eine ernste Mahnung sein an sämtliche in der Uhrenindustrie tätigen Arbeiter, und Arbeiterinnen. Ohne Organisation kein Schutz gegen Verschlechterungen. Selbstredend läßt sich kein Arbeiter bewegen, bei der Firma Bühler in Arbeit zu treten, da die Zusicherung eines guten Lohnes nur mehr ein Vorwand ist. Denn wozu dem sonst der Abzug.

Sto berg.

Durch die Bemühungen der Kollegen vom christlichen Metallarbeiterverband konnte in letzter Zeit wieder von verschiedenen Verbesserungen in den Stolberger Fabriken berichtet werden.

So z. B. an den Hochöfen in der Weichsel auf Mühlenterrasse. Dort hat man oben 24 stündige Schicht abgeschafft und unten sogar die 24 stündige Schicht eingeführt. Was das für ein Nutzen ist, mit demselben Lohn, wie bei der 12 stündigen Schicht

Wie ist es denn mit der Rhonania? Wäre es da nicht auch einmal an der Zeit, das Aenderungen getroffen würden? Nehmen wir z. B. die Feiger, diese haben Sonntags noch regelmäßig die 24stündige Schicht.

Gehen wir weiter zum Chlorbetrieb. Dort wird auch noch häufig bei sehr anstrengender, ungesunder Arbeit die 24stündige Schicht gearbeitet. Im Chloralkali- und Löschraum haben die Arbeiter eine sehr ungesunde und schmutzige Arbeit. Um sich vor dem Staub und den schädlichen, chemischen Gasen nur in etwa zu schützen, müssen die Leute stets einen dicken Schwamm vor dem Munde tragen, und so ihre 12 Stunden aushalten. Wäre es nicht auch hier an der Zeit, daß der 8-Stundentag eingeführt würde? Ihr Arbeiter der Rhonania! wann kommt ihr zur Einsicht. Wahrscheinlich, wenn es zu spät ist.

Denn so wie die chemischen Stoffe und Gase eure Kleider, Holz und Eisen zerfressen, so verzehren sie auch eure Gesundheit.

Hoffentlich werden die Herrn der Rhonania auch bald zur Einsicht kommen und den anderen Fabriken nachahmen. Vor allem müßte die 24stündige Schicht abgeschafft werden.

Arbeiter der Rhonania! nehmt euch ein Beispiel an den Arbeitern der übrigen Betriebe, organisiert euch, tretet dem christlichen Metallarbeiterverbande bei, dann werden auch für euch Verbesserungen erreicht, wie es auf der Hütte Münsterbusch und anderswo schon geschehen ist. Also hinein in die Organisation. Hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband.

S.-Gladbach. Vor Jahren schon hatte hier unser Verband Fuß gefaßt, durch fortgesetzte Maßregelungen und Chikanierungen der Kollegen ging die Ortsgruppe leider wieder ein.

Selbstverständlich kann die Organisation nur vorübergehend gehemmt, nicht dauernd aufgehoben werden, auch nicht in Berg-Gladbach. In letzter Zeit hat die Organisation nun wieder mit erneuter Kraft eingesetzt. Jetzt scheinen aber nicht allein die Arbeitgeber, sondern auch die Behörde dagegen zu arbeiten, und Schwierigkeiten zu bereiten. Der Herr Bürgermeister meinte unserm Bezirksleiter gegenüber: In Berg-Gladbach liegt für derartige Vereinigungen kein Bedürfnis vor. Vor obrigkeitlichen Meinungen haben wir ja allen Respekt, ob aber Bedürfnis zur Gewerkschaft vorliegt, darüber entscheidet doch wohl nicht die Ortsbehörde, sondern die Arbeiter. Der Herr Bürgermeister will auch absolut die Verbandsstatuten nicht gelten lassen, weil wie er meinte, dieselben bei ihrem Erlaß keiner königlichen Polizeibehörde vorgelegen hätten.

Darin irrt der Bürgermeister zweifellos, denn dieselben liegen wohlwahrhaftig bei der königlichen Polizeibehörde nicht bloß in Duisburg, sondern in allen Orten, wo eine Gruppe besteht. Außerdem rechnen wir die Behörde in Berg-Gladbach auch zu einer „königl. preussischen Polizeibehörde“. Unsere Kollegen werden sich hoffentlich durch derartige Zwischenfälle nicht abhalten lassen, um so eifriger für den Verband zu wirken, bis der letzte Arbeiter von Berg-Gladbach organisiert ist.

In der Stadtbewohnerschaft wurde der Herr Bürgermeister ob seines Verhaltens interpelliert. Die deutsche Reichszeitung berichtet darüber:

Berg-Gladbach, 7. Febr. In der gestrigen Stadtratssitzung protestierte Stadtrat Hungenberg gegen das Vorgehen der Polizeiverwaltung, welche die Gewerkschaftsversammlungen der hiesigen Arbeiter-Organisationen verbiete; was im ganzen deutschen Reich gilt, solle in B.-Gladbach den Arbeitern verweigert werden. Die Lehrer und städtischen Beamten schlossen sich zusammen, um Gehaltserhöhungen zu erlangen. Nur dem Arbeiter soll das hier nicht ermöglicht werden. Man begründe das Verbot damit, daß die Statuten der Gewerkschaften nicht der hiesigen Behörden vorgelegen haben. Dieses trifft aber auch bei anderen Städten zu. Man werde nur eine Stärkung der Gewerkschaften dadurch erreichen und die Berührung der Arbeiter gegen die Polizei-Verwaltung werde zunehmen und das Vertrauen zu den Behörden immer mehr schwinden. Redner ersucht den Bürgermeister Schreiber, andere Maßregeln zu treffen. Letzterer antwortete, daß er es ablehne, auf diese Materie näher einzugehen. Er habe seine Entschlüsse wohl überlegt und werde seinen Standpunkt beibehalten, bis er auf Grund einer richterlichen Entscheidung höchster Instanz anders belehrt werde. Von Rücksichtlosigkeit gegenüber der Widerwillen gegen die Arbeiter schäme hier keine Rede sein. Im Uebrigen betrachte er jetzt die Sache für erledigt.

meint der Herr Bürgermeister nicht. Er machte die Sache jetzt für erledigt, so werden die Arbeiter dort nicht für erledigt gehalten. Sondern ihre Rechte unbeirrt weiter verfolgen.

Deshalb, ihr Zinkhütten- und Metallarbeiter von Berg-Gladbach, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Am eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie seither und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Februar der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 25. Februar 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Enpen. Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.

Deusbrück. W. Ortman Streik ausgebrochen.

Steele. M. W. Dinnendahl u. G. Streik ausgebrochen.

Ludwigshafen. Auf den Analin- und Sodawerken erneut Streik ausgebrochen.

Misburg. Auf der Eisengießerei Misburg-Anderten Differenzen ausgebrochen.

Kaiserslautern. Die Former und Modellstecher der Firma Pfeifer sind in Streik getreten.

Machen. In den hiesigen deutschen Elektrizitätswerken Differenzen ausgebrochen.

Trieberg. Uhrenfabrik Firma Bühler, wegen Lohnabzug, Streik ausgebrochen.

Zuzug fernhalten.

Versammlungs-Berichte.

Docholt. Am 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Hogenkamp sprach in seinem Geschäftsbericht dann auch seine Freude aus über den guten gewerkschaftlichen Geist, der in den Reihen der Mitglieder herrscht und ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre in ihrem Eifer und Opferfreudigkeit nicht zu erlahmen. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht erstattet hatte, fand die Wahl des Vorstandes statt.

Als Vorsitzender wurde Kollege Hogenkamp einstimmig wiedergewählt. Da unser bisheriger Kassierer Kollege Hofmann, eine Wiederwahl ablehnte, weil er schon 4 Jahre dies Amt verwaltete und sich nun mehr der Agitation widmen wollte, wurde an seine Stelle Kollege Schmalenbach, Kurfürstenstraße 700, gewählt; als Schriftführer Kollege Pascher, als Beisitzer Brümmeberg und Wallmann. Sämtliche Vorstandsmitglieder versprachen das Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Schuldigkeit zu tun. Nachdem noch die Wahl der Kartelldelegierten und Vertrauensmänner erfolgt war, forderte Kollege Hogenkamp in seinem Schlusswort besonders die Vertrauensmänner auf, gewissenhaft ihr Amt zu versehen, das Organ pünktlich den Mitgliedern zuzustellen, die Beiträge einzukassieren und pünktlich mit dem Kassierer abzurechnen. Die Mitglieder müssen bestrebt sein, den Vertrauensmännern ihr Amt leicht zu machen, indem sie mit den Beiträgen stets auf dem laufenden bleiben, damit keinem seine Rechte verloren gehen. Alle aber müssen mitwirken in der Gewinnung neuer Mitglieder.

auch in Docholt stehen noch viele Berufsgewissen unserem Verbands fern, die für uns gewonnen werden müssen. Da muß jeder mithelfen durch Agitation von Mund zu Mund, am wirksamsten ist aber die Hausagitation mit dem neuen Flugblatt unseres Verbandes, das jedem Metallarbeiter so recht dringend die Pflicht, sich zu organisieren, ans Herz legt; aber auch die großen Vorteile für die Mitglieder unseres Verbandes vor Augen führt.

Kollegen von Docholt! tut eure Schuldigkeit für euch und den christlichen Metallarbeiterverband.

Bremen. Unsere Generalversammlung war gut besucht. Die Mitgliederzahl stieg von 28 auf 53. Ebenfalls die Kassenverhältnisse von 428,15 Mark auf 865,60 Mk. Hieron giengen an die Hauptkasse 664,43 Mk., an die Bezirkskasse Hamburg 31,99 Mark. Bleibt ein Bestand am Orte von 122,12 Mark. Da in diesem Jahre bereits wieder 8 Mitglieder aufgenommen sind, so ist zu hoffen, daß die Entwicklung unserer Zahlstelle weiter fortschreitet, so daß wir im nächsten Jahre einen noch weit günstigeren Bericht erstatten können. Die Vorstandswahl ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Schulte, zweiter Vorsitzender Jakob, erster Kassierer Heinemann, zweiter Ebert, erster Schriftführer Honertkamp, zweiter Wille. Vertrauensmänner Stern und Witte, Revisoren Ritterßen und Gapa. Nachdem der Vorsitzende den neuen Vorstand sowie auch alle anwesenden Kollegen zu eifriger Arbeit im neuen Jahre aufgefordert und ermuntert hatte, wurden in reger Diskussion nochmals die einzelnen Bewegungen, welche auch im Jahresbericht erwähnt waren, gestreift. Unser Verband war beteiligt an zwei Lohnbewegungen, einem Streik und zwei Ausperrungen. Die Lohnbewegungen verliefen günstig. Erzielten doch die Schmiede bei den Kleinmeistern einen Lohnzuschlag von 5 Prozent, Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde den Tag, 9 1/2 Stunde. Ebenfalls die Anschaffung einer Uhr, Kleiderkasten und Verbandskasten in jeder Werkhalle und noch andere Verbesserungen, nicht unerwähnt sei hier, daß unser Verband dies gemeinsam mit dem Schmiedeverband erzielte. Einen eben solchen Erfolg hatten auch die Schlosser zu verzeichnen. Anders war dies aber mit dem Streik und den Ausperrungen auf hiesiger Werkst. Hier konnte von Erfolge keine Rede sein. Trat doch hierbei auch so recht die Unreinigkeit der sozialdemokratischen Verbände in Augenchein, indem der freie Metallarbeiter-Verband es fertig brachte, den am Orte stärksten Verband, den Werftarbeiter-Verband, von der Werkfläche verschwinden zu lassen. Wie man in der Diskussion vernahm konnte, haben diese Vorgänge verschiedenen Kollegen die Augen geöffnet und zur Einsicht gebracht, daß ihre wirtschaftlichen Interessen im christlichen Metallarbeiterverband am besten vertreten werden. So möchte denn nun auch jeder Kollege es mit den Erfolgen im vorigen Jahre nicht bewenden lassen, sondern auf derselben Bahn weiterarbeiten und agitieren, nicht die Arbeit dem Vorstand allein überlassen, sondern eifrig mitarbeiten. Willst du den Kampf, den großen wagen, so setz zuerst dich selber ein. Wer fremde Fesseln will zerbrechen, darf nicht sein eigener Sklave sein.

Eltingen. Unsere Generalversammlung fand am 3. Februar statt mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahl des Vorstandes.

Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen war, erstattete der Vorsitzende Dochstamper den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß im Jahre 1905 23 Mitgliederversammlungen, 2 Ausschußsitzungen und eine Vertrauensmännerversammlung stattgefunden hatten, sowie eine größere Versammlung am 3. April, bei welcher Kollege Kolbstath aus Mannheim referierte.

Kassierer Traub gab sodann den Kassenbericht. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer im Namen der Zahlstelle für seine gute und exakte Buchführung, nachdem ihm Entlastung erteilt war.

Neu erfolgtem Kassenbericht wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen hervor: Kollege Dochstamper, Vorsitzender; Kollege Sehle, Kassierer; Kollege Wiedemann, Schriftführer; Kollege Eger, Vertrauensmann; Kollege Dudge, Revisor. Nachdem der Vorsitzende die neugewählten Vorstandsmitglieder zu treuer, und fleißiger Tätigkeit aufgefordert und zum weiteren Ausbau unseres Verbandes ermuntert hatte, schloß er die gut besuchte Versammlung mit dem Grusse: „Gott segne die christliche Arbeit.“

Fulda. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Jahresbericht wurden 15 Versammlungen abgehalten, mit 10 Referaten. Die Referenten waren ausnahmslos Gewerkschaftsbeamte, auch auf den umliegenden Dör-

fern wurden zwei Versammlungen abgehalten und drei Fabrikversammlungen. Die Mitgliederzahl, welche im Laufe des Sommers etwas gesunken war, hat sich in den Monaten November und Dezember bedeutend gehoben, es wurden bereits 50 Neuaufnahmen gemacht, und auch im Januar hat sich dieselbe noch verstärkt. Die Einnahmen der Kasse betragen 2069,85 Mk., Ausgaben 1911,83 Mark, davon an die Zentralkasse eingekandt 1475,04 Mk. An Maßregelungs- und Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurden rund 203 Mk., für Agitation und sonstige Ausgaben 239,43 Mk. Der Kassenbestand ist also 158,02 Mark. Die Vorstandswahl ergab folgendes: als erster Vorsitzender Kollege Wilhelm Handwerk, als Schriftführer Kollege Franz Klüber, als Kassierer Kollege Johann Schäfer, zweiter Vorsitzender Kollege Eshardt, zweiter Schriftführer Josef Zimmer, zweiter Kassierer August Schenk. Als Beisitzer die Kollegen Friedrich Schmitt und Peter Schäfer. Leider scheint es auch hier in Fulda Leute zu geben, die einen Verband der „Nichtorganisierten“ gern ins Leben rufen würden. Von diesem Gedanken möchte wohl auch der Werkmeister Emil Brehler befecht gewesen sein, als er vor einigen Wochen bei Gelegenheit einer Ueberstundenarbeit seinen Untergebenen ein Referat hielt über die Gehalts- und Frühstücksfrage“ der beiden hier stationierten Gewerkschaftsbeamten, Kollegen Geber und Röder. Nachdem der Werkmeister seine Rede vollendet hatte, wurde zu einer regelrechten Diskussion geschritten. An dieser „Frühstücksdiskussion“ sollen sich alle Anwesenden, glücklicherweise lauter unorganisierte Arbeiter, beteiligt haben. Besonders ausgezeichnet hat sich noch der Arbeiter Friedrich Wagner, indem er recht faule, schmutzige Bemerkungen machte. Dieser Mann, der im vorigen Jahre einige Wochen Mitglied unserer Ortsgruppe war, gehörte von jeher zu den unruhigsten und unzufriedensten Arbeitern des ganzen Werkes. Wenn jemals über Ausbeutung und Unterdrückung geklagt und geseufzt worden ist, so hat es gerade dieser Mann getan. Das muß nun einmal ausgesprochen werden.

Als im vorigen Jahre eine Eingabe gemacht wurde, und dieselbe auch von den Arbeitern unterschrieben wurde, da war es plötzlich vorbei mit dem Heldenmut des Mitgliedes Wagner, er verweigerte die Unterschrift und trat aus dem Verband. Die Kollegen von Fulda haben das Richtige getroffen, wenn sie diesen Mann ob seiner schimpflichen Handlungsweise so beachten, wie er es verdient hat.

Was nun noch die Rede des Werkmeisters Brehler anbelangt, so haben die beiden angegriffenen Beamten bereits Stellung dagegen genommen. Kollege Geber war in der Lage, es öffentlich nachzuweisen, daß es bei den besonderen Ausgaben die ein Gewerkschaftsbeamter hat, nicht möglich ist, entsprechend besser zu leben als irgend ein anderer Arbeiter. Auch wir fühlen uns verpflichtet, die beiden Kollegen gegen diese maßlosen Verleumdungen in Schutz zu nehmen, da dieselben schon manches Opfer für unsere Ortsgruppe gebracht haben, insbesondere, da Kollege Röder der Gründer derselben ist. Wir wollen unseren Bericht nun schließen mit der ernststen Mahnung an alle Kollegen, daß sie sich durch die oben angeführten Machinationen nicht beirren lassen, sondern ruhig weiterarbeiten an dem inneren und äußeren Ausbau unserer Zahlstelle. Wir aber wollen die Frage aufwerfen, wie steht es mit dem feierlichen Versprechen, das im vorigen Jahre unserm Zentralvorsitzenden Wieder gegeben worden ist, den Arbeitern inbetreff ihrer Organisation kein Hindernis in den Weg zu legen? Wir müssen leider zu dem Ergebnis kommen, daß man hier nach dem alten Sprichwort gehandelt hat: „Versprechen ist ehrlieh“, und Halten be-
stimmlich!“ Deshalb Arbeiter von Fulda, laßt euch nicht beirren, von solchen Werksbeamten, die euch die Organisation zu verfehlen suchen, selbst aber nichts für euch tun wollen und auch nichts für euch tun können.

Hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband! ist die beste Antwort auf solche Provokationen.

Freiburg. In unserer diesjährigen Generalversammlung wurde nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichtes zunächst die Vorstandswahl vorgenommen und die Kollegen Krüger, Franke, Gremmelbacher, Höfeler, Schultheis, Kienzle, Frölicher und Densle gewählt.

Im Anschluß an die Wahl sei noch ein Rückblick auf das verfllossene Jahr gestattet, welches so reich an Arbeit war, die nicht immer den gewünschten Erfolg brachte; das wird uns aber nicht nutzlos machen, sondern mit neuem Eifer soll es an die Arbeit gehen. Beharrlichkeit muß uns zum Ziele

führen. Es haben 24 Mitgliederversammlungen stattgefunden, außerdem aus Anlaß der Lohnbewegung der Schlosser 3 Schlosserversammlungen. Am 29. August sprach unser Zentralvorsitzender Kollege Wiedner in einer großen öffentlichen Versammlung über die Ausperrungen und welche Lehren die Arbeiterschaft daraus ziehen soll und Kollege Kollosrath über die Arbeitsverhältnisse und die Maßregelungen bei der Firma Weierle. In den Mitgliederversammlungen wurden meistens Referate gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Natur gehalten, an die sich eine rege Diskussion angeschlossen. Im Uebrigen war das Jahr 1905 für die hiesige Ortsgruppe ein ziemlich bewegtes. Zu erwähnen ist namentlich die verunglückte Schlosserbewegung, die an der Hartnäckigkeit der Schlossertinnung und der Firma Weierle scheiterte. Hauptschuldiger daran ist aber auch der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Wörthler, der erst mit einem Flugblatt für den Streik scharf machte und nachher mit aller Kraft brachste. Wahrscheinlich fehlte dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband auch hier das nötige Geld zum streiken. Wörthler hat sich ja auch in Norddeutschland Verdienste dieser Art erworben, weil auch dort das Geld fehlte.

Unsere Kollegen mögen sich dies merken, wenn von jener Seite Fanfaren geblasen werden, oder wenn versucht wird, die christliche Organisation herabzusetzen und zu verleumden, um die eigenen Schandtaten zu verdecken. Christliches Eintreten für ihre Interessen werden deshalb die Arbeiter nur in unserer Organisation finden.

Deshalb ergeht der Ruf an alle christlichen Kollegen: schließt euch dem christlichen Metallarbeiterbande an, trage jedes Mitglied nach Kräften dazu bei, die uns noch fernstehenden, indifferenten Kollegen aufzurütteln, dann wird es möglich sein, die hiesigen Verhältnisse zu bessern. Was uns im vergangenen Jahre nicht möglich war, muß versucht werden, später zu erreichen. Mit vereinter Kraft man großes schafft.

Sildesheim. Da in letzter Zeit der Versammlungsbesuch leider viel zu wünschen übrig läßt, so sehe ich mich veranlaßt, auf diesem Wege einige Worte an die Kollegen zu richten. Neben dem regelmäßigen Bezahlen der Verbandsbeiträge und Lebens des Verbandsorgans ist es aber unbedingt notwendig, den Versammlungen, welche von dem Vorstand angeordnet sind, etwas mehr Beachtung entgegenzubringen, als wie dies besonders in der letzten Zeit geschehen ist. Gibt es doch eine ganze Reihe von Kollegen, welche schon eine ganze Zeit der Zahlstelle angehören, aber es noch nicht für notwendig gehalten haben, auch nur eine einzige der angeordneten Versammlungen zu besuchen. Wie sollen alsdann die Versammlungen ihren doppelten Zweck wohl erfüllen? Schaltung der Mitglieder lautet gewöhnlich der erste, der zweite wird dann aber eben so wichtig sein, nämlich die Kollegen müssen sich gegenseitig kennen lernen, damit der alte Korpsgeist, welcher früher die einzelnen Gewerke so sehr auszeichnete, wieder zu Ehren kommt. Aber nur recht wenige sind sich ihrer Aufgabe voll bewußt, und handeln auch danach. Ihr habt in der letzten Generalversammlung fast einstimmig einen Vorstand gewählt, welcher auch versprochen hat, die laufenden Geschäfte des neuen Jahres in eurem Namen zu besorgen, aber dieser Vorstand wird umsonst gearbeitet haben, wenn die Kollegen das Versprechen nicht halten und den Vorstand unterstützen. Jeder Kollege hat demnach die Pflicht, die von der Zahlstelle angeordneten Versammlungen zu besuchen, da gerade uns wohl in nächster Zeit wichtige Fragen bevorstehen werden. Eine weitere Pflicht der Kollegen ist es, jetzt in eine regere Agitation einzutreten, damit sich unsere Zahl in nächster Zeit verdoppelt. Gerade jetzt seit Einführung der Erwerbslosenunterstützung wird dies unbedingt notwendig sein, damit auf die „innere“ Stärkung und Reform unseres Verbandes auch eine „äußere“ Zunahme und Verbreitung stattfindet. Kollegen, wir sind es uns selbst schuldig, schon gegenüber den anderen Berufen, an eine Hebung unseres Standes zu arbeiten. Klingt es nicht geradezu als Ironie, wenn in unserem Berufe der Hervorhebung seitens der Unternehmer so mächtig hervorgehoben wird? Sie haben zu bestimmen nicht allein über die Festsetzung der Arbeitszeit, sondern auch noch über das Ueberstundenunwesen, was gerade in unseren Berufen so überhand nimmt. Dabei stehen die gezahlten Löhne aber keineswegs im Einklang zu der Höhe der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten. Da müssen unsere Frauen noch mitarbeiten, um einigermaßen die Existenz zu behaupten. An ein Familienleben ist in vielen Fällen nicht zu denken,

ebenso wenig an eine Erholung und geistige Anregung, auf die auch der Arbeiter ein Anrecht hat. Die Schuld trifft vor allem jene gleichgiltigen und trägen Kollegen, die nicht selbst mithelfen wollen, daß sich ihr Los etwa bessert und wir als freie Arbeiter uns fühlen können. Dabei haben andere Berufe hier am Orte durch die Organisation so viel errungen; so die Holzarbeiter die 9/10stündige Arbeitszeit nebst einer Lohnerhöhung, ebenso die Tapezierer und Dekorateurs, im Baugewerbe und in der Feinindustrie. Für uns Metallarbeiter ist es nicht möglich, etwas zu erringen, weil der Individualismus, die Schlafmüdigkeit noch zu groß ist. Deshalb müssen wir organisierten Kollegen uns doppelt rühren, um auch unter den noch fernstehenden Kollegen die Kollegialität zu wecken. Eine eifrige erfolgreiche Agitation an den Arbeitsplätzen und bei allen andern sich hundertfach bietenden Gelegenheiten wird da notwendig sein. Auch empfehle den Kollegen, eine eifrige Hausagitation in die Wege zu leiten, an die Arbeiterfrauen heranzutreten, diese zu gewinnen suchen für unsere gerechte Sache. Es gilt unser eigenes Los zu bessern, darum hinstreben mit allen Einwendungen und Nebenarten. Jeder helfe mit, dann wird es besser, dann werden die vielen Klagen verstummen und auch in unserem Berufe mit jenen Reformen eingeführt werden können, die bei der schweren Arbeit unbedingt erfolgen müssen. Auf also zu gewerkschaftlicher Arbeit, hinein in die Versammlungen und dort jenen Geist hegen und gepflegt, der notwendig ist, eine gerechte Sache zum Ziele zu führen. Für dich und deinen Stand, dann auch für den Verband!

Köln (Stadt). Am 27. Jan. hielt die hiesige Ortsgruppe ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende R. Schaaf erstattete den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß unsere Gruppe eine ganz enorme Tätigkeit entfaltet hat. Der Erfolg ist leider nicht dementsprechend, indem ein Teil der Kollegen wieder absprang, nachdem nicht sofort alle ihre Wünsche Befriedigung fanden. Immer wieder, ohne zu erlahmen, muß versucht werden, auch diesen Leuten Aufklärung zu bringen. Trotz und alledem muß aber doch gesagt sein, daß unbeschadet der großen Wandlungen, die unser Verband speziell nach der finanziellen Seite hin im verflossenen Jahre durchgemacht, die Ortsgruppe in stetiger Entwicklung begriffen ist. Es wurden 26 Mitglieder, 26 Vertrauensmänner- und Vorstandswahlungen abgehalten. Öffentliche und Fabrikversammlungen 9. Ferner 79 Werkstattbesprechungen. Der Besuch war im allgemeinen zufrieden stellend, wenngleich er hätte besser sein können. Besonders muß einmal an unsere „Urkölnler“ die Mahnung gerichtet werden, sich mehr um ihre Organisation zu kümmern. Referate wurden gehalten über Kranken- und Unfallversicherung, Entwicklung der Gew., Ausperrungen, Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter, das Zeitalter des Merkantilismus, wie hält man Vorträge, Kongress der soz. Gew., Generalvers. der soz. Metallarbeiter, Generalversammlung des Verbandes „Arbeiterwohl“, die Kämpfe und Erfolge in Köln im Jahre 1905. Weiter sorgte die Bibliothek für die geistige Fortbildung, über 100 kleinere Broschüren wurden verkauft. Verliehen wurden 52 Bücher an 45 Kollegen, eine bessere Benutzung wäre hier sehr zu empfehlen.

Die Mitgliederzahl war großen Schwankungen unterworfen. Aufgenommen wurden 239, davon traten 190 wieder aus. Zugereist kamen 112 Kollegen; 152 reisten ab, 3 wurden andern christl. Verbänden überwiesen. Diese große Fluktuation erklärt sich aus unseren Bewegungen mit den Straßenbahnarbeitern und Hafenschiffbauern. Diese Leute wollten so-
fort einen ganzen Erfolg in ihrer Bewegung sehen, einen teilweisen haben sie gehabt, dann waren ihnen die Beiträge zu hoch; der gewerkschaftliche Geist fehlte bei ihnen vollständig. An Streiks sind zu verzeichnen bei der Firma Scheele, Wagenfabrik, Dauer 10 Tage, mit Erfolg geendet. Der Streik der Klempner und Dachbedeker, Dauer 6 Wochen, ist mit Erfolg geendet. Das Streikende hierbei wäre allerdings bei etwas weniger marxistischerem Gebaren der soziald. „Genossen“ schneller und für die Org. billiger erreicht worden. Eine Bewegung, um auch endlich den Kunst- und Bauhölzern bessere Verhältnisse zu schaffen, hatte nicht überall den gewünschten Erfolg. Ein guter Stamm von Kollegen ist aber dadurch gewonnen, mit deren Hilfe das Angefangene fortgesetzt werden wird.

Der Kassenbericht ergab folgendes Resultat: Gesamteinnahme 3222,37 Mk., die Zentrale erhielt 2170,57 Mark. Die Zentralkasse balanziert mit 1409,83 Mark in Ein- und Ausgaben. Die hierauf stattfindende Vorstandswahl ergab folgendes Ergebnis:

1. Vorj. Doll. Schaaf; 2. Doll. Fischer; 1. Kassierer Joh. Seewald; 1. Schriftführer Doll. Bayrath. Als Beisitzer wurden die Doll. Fiefe, Weilerwilt, Klaunder und Schuborth gewählt. Der ganze Wahlakt ergab ein Bild der Einmütigkeit, mit der von allen im verfloffenen Jahre gearbeitet wurde.

Mit einem Appell, auch weiterhin so zu arbeiten, ein jeder seine Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kalk. Am Sonntag, den 28. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre ordentliche Generalversammlung mit gleichzeitiger Neuwahl des Vorstandes ab.

Der bisherige erste Vorsitzende Kollege Groß legte zu Anfang der Versammlung sein Amt als solcher nieder, worauf dann die Leitung der Versammlung vom zweiten Vorsitzenden übernommen wurde. Derselbe warf sodann einen Rückblick auf das verfloffene Jahr und erstattete ebenfalls den Jahresbericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe.

In den regelmäßig stattgefundenen Versammlungen wurden die im Vordergrund des Interesses stehenden sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Tagesfragen alle einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Mitgliederstand war infolge einer zweimaligen Erhöhung der Wochenbeiträge in einem Jahre einigen Schwankungen unterworfen, was jedoch durch erfolgte Neuaufnahmen in diesem Quartal bereits wieder ausgeglichen wurde. Der hierauf vom Kassierer vorgelegte Kassienbericht weist eine Gesamteinnahme für die Verbandskasse von 4095,35 Mark nach. Die Revisoren erklärten den Rechnungsabschluss für richtig und beantragten dem Kollegen Fischer Entlastung zu erteilen. Einstimmig gab die Versammlung hierzu ihre Zustimmung.

Bei der alsdann getätigten Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Jos. Nizerfeld als 1. Vorsitzender; Werner als 2. Vorsitzender; Peter Fischer als erster und Schäfer als zweiter Kassierer; Jakob Kirschbaum als erster und Anton Eimermacher als zweiter Schriftführer. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Kurtenbach, Rütt und Wermelskirgen.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten richtete der neugewählte Vorsitzende noch eine kurze Ansprache an die Kollegen, die er dazu aufforderte, durch regelmäßige Beitragszahlung, durch pünktlichen Versammlungsbesuch, sowie durch rege Agitation dahin zu wirken, damit in immer größerem Emporblühen unserer Ortsgruppe ermöglicht werde.

Ludwigshafen a. Rh. Am 4. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die außerordentlich gut besucht war. Kollege Spies erstattete den Jahresbericht, nach welchem es seit Besehen unserer Ortsgruppe gut voran gegangen ist, trotzdem Ludwigshafen die Hochburg der pfälzischen Sozialdemokratie ist. Ein Beweis, daß noch lange nicht alle Arbeiter der roten Fahne nachlaufen, daß auch hier ein großer Teil der Arbeiter, von dieser, von Revolutionsfanatikern geleiteten Gesellschaft nichts wissen will. Der Streik bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat die Arbeiter aufgerüttelt, hat ihnen zum Bewußtsein gebracht, daß ohne straffe, leistungsfähige Organisation nichts erreicht werden kann. Die Führer der sozialdemokratischen Organisationen mußten zum Rückzug blasen, weil sie nicht für den Kampf gerüstet waren. Öffentlich lernen aus diesen Vorgängen auch die hiesigen Arbeiter den Wert einer gut geleiteten und gut fundierten Organisation kennen, und schließen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an. Jeder Kollege muß aber dazu beitragen, durch eifrige Agitation und pünktlichen Versammlungsbesuch. Aufklärung muß in die Reihen der Arbeiter getragen werden, die Organisation ist die Schule der Disziplin und Opferfreudigkeit, ohne welche keine dauernden Erfolge erzielt werden können. Darum vorwärts zu intensiver Arbeit. Bei der Wahl wurde unser bewährter Vorsitzender Kollege Spies wiedergewählt. Vorstand, Vertrauensmänner und Mitglieder müssen nun mit vereinten Kräften an der Weiterentwicklung unserer Ortsgruppe mitarbeiten nach der Parole, Einigkeit macht stark.

Münster i. W. Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar unter reger Teilnahme der Mitglieder statt. Der Vorsitzende warf einen Rückblick auf das vergangene Jahr und wies auf die Wichtigkeit der Tagesordnung: Vorstandswahl, Erwerbslosenunterstützung und Agitation hin. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender wurde wieder Kollege Holle, Hollenbekerstraße 31/32; Kassierer Kollege Gehlen, An den Bleichen 3; Schriftführer Kollege Pohlkamp und Beisitzer die Kollegen

Hegemann und Böhmman, während Kollege Aschenbach die Bibliothek weiter verwaltet.

Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung nebst Beitragserhöhung auf 50 Pfg. wurde allseitig als ein Fortschritt begrüßt.

Zu Punkt 3: Agitation, planten wir seit längerer Zeit eine öffentliche Versammlung, zu der wir als Referent unsern Zentralvorsitzenden erwarteten. Die Mitglieder sprachen wiederholt diesen Wunsch in den Versammlungen aus, mit der Begründung, daß alle anderen Zentralvorsitzenden schon des öfteren hier waren. Da unser Wunsch nicht erfüllt werden konnte, so hielten wir am Freitag, den 2. Februar, eine öffentliche Versammlung ab, zu der unser Bezirksvorsitzender Kollege Hirtsfischer-Effen erschienen war. Durch die Presse und durch Flugblätter hatten wir züfzig agitiert, sodaß der Saal des Herrn Wejalle bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Referent entledigte seine Aufgabe in vortrefflicher Weise.

Die anwesenden Mitglieder des S.-D. Gewerksvereins waren scheinbar nicht recht zufrieden gestellt. Zunächst fragte ihr Vorsitzender beim Leiter der Versammlung mit Entrüstung an, ob die Versammlung mit der Festsetzung der Redezeit von 10 Minuten einverstanden sei. Dies erwiderte um so befremdeter, da man in demselben noch keinen Dauerredner kennen gelernt hatte. Als sich derselbe nun zum Wort meldete und schon nach 8 Minuten sein Märchen beendet hat — denn ein solches war es, was er vortrug, — wollte Kollege Holle ihm noch zehn weitere Minuten hinzugewähren, worauf jedoch verzichtet wurde. (Warum also diese unnötige Entrüstung). Obwohl der Vorsitzende der Versammlung strikte dafür sorgte, daß die Anwesenden, welche mit der Erzählung des Gewerksvereins nicht einverstanden waren, die größte Ruhe bewahrten, glaubten die Gewerksvereinsler zum Schluß ihren Unmut durch eine gewisse Unruhe äußern zu müssen.

Da wir uns in den Versammlungen, welche vom S.-D. Gewerksverein einberufen waren, stets anständig benommen und ruhig verhalten haben, auch von diesem Standpunkte nicht abweichen wollen, so werden wir deren Versammlungen in Zukunft meiden; dieselben werden dann mit ungefähr 20 Mann „öffentliche Versammlungen“ abhalten können.

Unser Zweck wurde durch diese Versammlung erreicht. 8 Kollegen meldeten sich zum Eintritt. Die Öffentlichkeit wurde über unsere Bestrebungen unterrichtet und die Kollegen Münsters haben gesehen, daß es uns mit unseren Bestrebungen ernst ist. Für weiteren Mitgliederzuwachs werden die Mitglieder mit der Ueberzeugung und Begeisterung für den christl.-soz. Metallarbeiterverband Sorge tragen. Um aber auch unser Ziel zu erreichen, werden die Mitglieder die Versammlungen pünktlich besuchen, die Beiträge entrichten und so auch an der Erstickung des Verbandes wesentlich mit beitragen.

Briefkasten.

An Verschiedene. Die Organe und Ausschüssen in Wirtschaften und Versammlungslokale werden zu lassen, ist vollständig verfehlt, weil sie dann zu spät oder überhaupt nicht in die richtigen Hände gelangen. Es zeugt auch von wenig Eifer und Regsamkeit der betreffenden Ortsvorstände, weil in der Regel dadurch vieles verbummelt wird.

In erster Linie ist der Vorsitzende die Stelle, an welche alles gesandt werden muß, wie durch dessen Hand auch alle Bestellungen zc. bei der Zentrale erfolgen sollen. Leider füllen manche Vorsitzende ihren Posten nicht aus, wie es sein muß, da erfolgen heute Bestellungen durch den Kassierer, morgen durch den Schriftführer, oder ein anderes Vorstandsmitglied, sodaß die Zentrale in manchen Fällen nicht weiß, wer denn der eigentliche Gruppenführer ist. Dieses muß aufhören. Auch die Agitation und Einkassierung der Beiträge leidet darunter; es kann dann weiter nicht auffallen, wenn in der Ortsgruppe kein Leben, keine Bewegung, und kein gewerkschaftlicher Geist vorhanden ist. Die Ortsgruppenführer müssen daher überall mit Eifer, den andern als Muster und Beispiel, ihres Amtes walten, dann wird es nicht vorkommen, daß Ortsgruppen oft im ganzen Quartal keine Aufnahme zu verzeichnen haben.

Der diesmaligen Nummer des Organs werden den einzelnen Ortsgruppen die neuen Statuten zugefand. Jedem einzelnen Mitgliede eins auszuhändigen, ist zwecklos, und unnütz Materialverschwendung. Die Ortsgruppenführer haben in den Mitgliederversammlungen die veränderten statutarischen

Bestimmungen den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Ueberhaupt dürfte es ratsam sein, dieses häufiger, als es bis jetzt geschehen ist, vorzunehmen. Dann wird die noch häufige Unkenntnis der statutarischen Bestimmungen nicht zu verzeichnen sein.

Versammlungs-Kalender.

- Wigge.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr bei Koch.
- Wocholt.** Sonntag den 18. Februar, morgens 11 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag.
- Wottrop.** Sonntag den 18. Februar Abendunterhaltung für Mitglieder nebst Frau'n beim Wirt Trögemann. Hauptstraße.
- Wottrop.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr bei Tröstler (Zuh. Trögemann).
- Zinklage.** Samstag den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei B. Wittroch.
- Essen-Kleingewerbe.** Sonntag den 18. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr im Alfreudshaus. Vortrag: Das Wichtigste aus der Unfall- und Invaliditätsversicherung.
- Essen-Segeroth.** Sonntag den 18. Februar, abends 7 Uhr bei Bück.
- Essen-Ordnungsverwaltung.** Montag den 19. Februar, abends 6 1/2 Uhr bei Verthoff.
- Essen-Altendorf.** Sonntag den 18. Februar, abends 7 Uhr bei Wint.
- Oppstein.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 1/4 Uhr bei Herr Generalversammlung. Vortrag: Aible aus Frankenthal.
- Gelsenkirchen-Valmte.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 11 Uhr bei Wirt Meischebe, Hohenzollernstraße.
- Görlitz.** Samstag den 24. Februar im Restaurant Vater, Mittelstr. 8.
- Silbesheim.** Samstag den 17. Februar, abends 9 1/2 Uhr im Braunschweiger-Hof.
- Gattingen.** Sonntag, den 18. Febr., vorm. 11 Uhr bei Paul Schreier, halbt. Krankengeldzahlung der Zuh. Klasse Dilsdorf.
- Kaiserlautern.** Samstag den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr im grünen Haus, Mohlenstraße 22.
- Papenburg.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Wismann.
- Stalberg.** Sonntag den 18. Februar, abends 6 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl und Vortrag.
- Schalke.** Sonntag den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr bei Weaner, Schallerstraße.
- Wald.** Sonntag den 18. Februar, morgens 11 Uhr.

Unserem werten Kollegen

Joseph Gottfried Köhse nebst Braut
zu ihrer Vermählung
die herzlichen Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Parteielle Fleusburg.

Unserem Kollegen

Stephan Beha und seiner Braut
zu ihrer Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Ludwigshafen a. R.

Unserem Kollegen

Klemens Peiß nebst Braut Theresia Schmidt
zu ihrer Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Ortsgruppe Sichtigvor.

Unserem werten Kollegen

Wilhelm Albrecht nebst Braut Katharina Weber
zu ihrer Vermählung
die herzlichen Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen der Ortsvereinigung Rodenbach-Weilerbach bayr. rhn. Pfalz.

Nachruf.

Am 4. Februar starb unser treuer Kollege

Joh. Hub. Böbler

Der Verstorbene war fast 6 Jahre ein treues und fleißiges Mitglied unseres Verbandes.
Sein Andenken wird uns in Ehren bleiben.

Die Kollegen der Ortsgruppe Stollberg.

Nachruf.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht und bringen den Kollegen zur Kenntnis, daß unser treues Mitglied

Karl Radler

am 6. Februar verschied. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsgruppe Rürberg.

Nachruf.

Unseren treuen Kollegen

Willy. Baste und Johann Hoffmann
sind gestorben. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung Essen.